

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzustellungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Kugelpreis 30 Pf. für die 3 gepackte Heftteile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Frey. Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

### Die Betriebsrätewahlen im Jahre 1930.

Die Betriebsvertretungen werden nach § 18 WRG. für die Dauer eines Jahres gewählt. Wie in den früheren Jahren, so ist auch in dem Jahre 1930 die Neuwahl von Mitte bis Ende März vorzunehmen. Es ist deshalb erforderlich, daß schon jetzt an die Vorbereitung der Wahlen herangegangen wird. Für die Durchführung der Wahlen bestehen Vorschriften, die genau beachtet werden müssen, weil sonst bei Verletzung dieser Vorschriften Wahlanfechtungen erfolgen können. Zunächst ist es erforderlich, daß der Betriebsrat vier Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit einen Wahlvorstand wählt. Kommt der Betriebsrat dieser Verpflichtung nicht nach oder besteht in dem Betriebe eine Betriebsvertretung nicht, dann ist der Wahlvorstand vom Arbeitgeber zu bestellen. Kommt auch dieser seiner Verpflichtung nicht nach, so kann der Vorsitzende des Arbeitsgerichts auf Antrag eines oder mehrerer wahlberechtigter Arbeitnehmer oder auf Antrag der Gewerkschaft einen Wahlvorstand bestellen. Antragsberechtigt ist auch der Gewerbeaufsichtsbeamte. Der Wahlvorstand soll die Wahl unverzüglich einleiten, die spätestens nach sechs Wochen stattfinden soll. Kommt der Wahlvorstand seiner Verpflichtung nicht nach, so ersetzt ihn der Vorsitzende des Arbeitsgerichts auf Antrag eines oder mehrerer Arbeitnehmer oder auf Antrag der Gewerkschaft durch einen anderen Wahlvorstand. Im „Handbuch für Betriebsvertretungen“, Seite 13 bis 30, ist das Wahlverfahren behandelt.

Für die Durchführung der Wahlen gilt der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1922. Danach haben die Gewerkschaften die Wahlen zu den Betriebsräten planmäßig vorzubereiten. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften, wobei die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer bei der Zusammensetzung des Betriebsrates nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Sind in dem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen. Die Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des WRG. angehören oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der Alfa angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung bestimmend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des WRG. notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen der Alfa anzustreben. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem WRG. angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Die freien Gewerkschaften sollen also ihre Macht durch eine Vorschlagsliste in jedem Betrieb zum Ausdruck bringen. Die gegenseitige Bekämpfung der verschiedenen politischen Anschauungen, die in den Gewerkschaften vorhanden sein können, sollen vermieden werden. Das Betriebsrätegesetz weist den Betriebsvertretungen die Erfüllung gewerkschaftlicher Aufgaben zu. Flato w sagt deshalb in seinem Kommentar zum Betriebsrätegesetz, 12. Auflage, Seite 10 und 11, mit Recht, „daß die Betriebsvertretungen ihren Halt an den Gewerkschaften suchen und finden müssen. Nur dort, wo starke Organisationen hinter den Betriebsvertretungen stehen, kann diesen die Erfüllung ihrer Aufgaben gelingen. Das Betriebsrätegesetz geht in seinen Grundgedanken davon aus, daß die Betriebsvertretungen im Zusammenwirken mit den Berufsorganisationen ihre Aufgaben erfüllen. Nicht Betriebsrat oder Gewerkschaft, sondern Betriebsrat und Gewerkschaft muß der Leitgedanke der Betriebsräte im Sinne des Gesetzes sein.“

Der § 8 WRG. sieht deshalb auch ausdrücklich vor, daß die Befugnis der wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitern und Angestellten, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, durch die Vorschriften des Gesetzes nicht berührt wird. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Abschluß von Tarifverträgen sind Aufgaben der Gewerkschaften. Die Arbeiterräte haben nach § 78 Ziffer 1 WRG. darüber zu wachen, daß in dem Betriebe die maßgebenden Tarifverträge durchgeführt werden. In solchen Betrieben, wo ein Tarifvertrag nicht besteht, soll der Arbeiterrat im Benehmen mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitwirken. Die Zuziehung eines Gewerkschaftsvertreters zu den Sitzungen des Betriebsrates ist im § 31 WRG. vorgesehen, und nach § 47 WRG. ist die Teilnahme der Gewerkschaftsvertreter an den Betriebsversammlungen zulässig. Im ganzen WRG. ist immer die Zusammenfassung und Ergänzung der beiderseitigen Aufgaben von Betriebsräten und Gewerkschaften vorgesehen.

Für jeden überzeugten Gewerkschafter ist es deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß die Durchführung der Wahlen zu den Betriebsvertretungen eine Aufgabe der Gewerkschaften und nicht die einer politischen Partei ist. Wie es auch selbst-

verständlich sein muß, daß in jedem Betriebe eine einheitliche freigewerkschaftliche Vorschlagsliste zu den Betriebsrätewahlen nach den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftskongresses aufzustellen ist. Was aber für jeden überzeugten Gewerkschafter selbstverständlich erscheint, ist der Zentrale der KPD. nicht selbstverständlich. In der „Roten Fahne“ vom 28. Dezember 1929 hat die Parteileitung der KPD. Vorschriften über das Verhalten ihrer Mitglieder bei der Betriebsrätewahl für das Jahr 1930 erlassen. Es wird darin ausgeführt, daß die „sozial-faschistische Bürokratie“ sich durch Verbandsratsbeschlüsse ein Monopol auf die Betriebsfunktionen sichern wolle, um den Ausbruch der Kämpfe zu verhindern oder zu erschweren. Es wird als eine ungeheuerliche Annahme der Gewerkschaften dargestellt, die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften zu betrachten. Da nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Aufstellung von Kandidaten zu Betriebsräten herangezogen würden, seien die großen Teile der unorganisierten Arbeiter, die eine aktive Rolle in den Kämpfen spielen, ihres Wahlrechts beraubt.



### Wer

im Verbands eine neue Organisation aufbaut, die gewerkschaftliche Disziplin untergräbt, besondere, auf eigene Faust handelnde Streikleitungen einsetzt, der hat die Absicht und den Willen,

### die

gewerkschaftliche Organisation zu zerschlagen. In diesem Sinne und mit allen Mitteln betätigt sich

### KPD.

auch innerhalb unseres Verbandes. Wer dieser Partei dient, sie insbesondere durch außergewöhnliche Geldzuweisungen

### unterstützt,

der bekundet damit ebenfalls den Willen, seine gewerkschaftliche Organisation zu zerschlagen. Kann der Betreffende Vertrauensmann des Verbandes sein?



Die Leitung der KPD. bestätigt hier von neuem, daß sie den Unorganisierten Hilfe gegen die gewerkschaftlich organisierten leisten will. Dann wird weiter in dem Artikel angeführt:

„Bei der Vorbereitung und Auslösung von Wirtschaftskämpfen spielen die Betriebsräte eine einflussreiche Rolle. Die Betriebsrätewahlen 1930 müssen vorbereitet werden durch die Mobilisierung aller Arbeiter für den Kampf um die auf dem Reichskongress aufgestellten Forderungen, für den Kampf gegen das Finanz- und Industrieprogramm, gegen den Faschismus und Sozialfaschismus. Der Erkämpfung des Siebenstundentages bei Lohnausgleich, der Kampf gegen Nationalisierung, um Lohnerhöhung ist Tagesaufgabe der Arbeiterklasse. Durch Auslösung einer Reihe Kämpfe um diese Forderung muß der politische Massenstreik vorbereitet werden.“

Die Betriebsräte haben allerdings wichtige Aufgaben bei Wirtschaftskämpfen zu erfüllen, aber sie können niemals ohne die Gewerkschaften die Leitung des Streiks übernehmen. Weil die Betriebsvertretungen nach dem WRG. eine Reihe gewerkschaftlicher Aufgaben zu erfüllen haben, können sie diese Aufgaben nur als gewerkschaftliche Funktionäre zur Durchführung bringen. Wenn die KPD. die Betriebsräte als eine rein wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterschaft ansehen will, so deckt sich diese Auffassung mit dem Programm der gelben Werkvereine. Die Erfolge der Gewerkschaften waren nur deshalb möglich, weil sie dem Unternehmerum als die Vertretung der Arbeiterschaft einer ganzen Industrie gegenübertraten konnten. Aus dem Grunde können die Forderungen der Gewerkschaften einen ganz anderen Nachdruck erhalten als die Forderungen eines Betriebsrates, der nicht eine geschlossene Organisation der Arbeiter im Betriebe hinter sich hat. Ist die Arbeiterschaft eines Betriebes nicht organisiert, dann kann auch der Betriebsrat keine Erfolge erzielen. Das ist für jeden Gewerkschafter eine Selbstverständlichkeit, deshalb kann sich der Betriebsrat nur auf die Gewerkschaften stützen, wenn er seine Aufgaben erfüllen will.

In dem Artikel der „Roten Fahne“ wird von „Sozial-faschisten“ gesprochen, gemeint sind damit die Gewerkschaften. Eine Erklärung für dieses Wort kann von der KPD. nicht gegeben werden, aber das ist nach KPD.-Logik auch nicht nötig, die Hauptsache ist, daß man ein Schimpfwort anwendet. Die Mitglieder der KPD. sollen gezwungen werden, eigene kommunistische Vorschlagslisten zu den Betriebsrätewahlen aufzustellen, und so wird in dem Artikel der „Roten Fahne“ verkündet:

„Wer nicht den Kampf gegen die Sozialfaschisten führt, wer mit ihnen gemeinsam auf einer Liste kandidiert, unterstützt den Kampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiter und stellt sich an-

Die Zentrale der KPD. verlangt also von ihren Anhängern, daß sie nicht mit Freigewerkschaftern auf einer Vorschlagsliste kandidieren dürfen, aber sie können gemeinsam mit Unorganisierten, Christlichen und anderen Parteianhängern Vorschlagslisten für die Betriebsrätewahlen aufstellen. Damit wird eine reinliche Scheidung herbeigeführt. Nicht die Gewerkschaften sind es, die die Kommunisten vor die Entscheidung stellen, sondern ihre eigene Parteileitung verlangt, daß die freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten bekämpft und kommunistische Vorschlagslisten entgegen den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftskongresses aufgestellt werden. Gewerkschaftsmitglieder, die sich an der Vorbereitung von sogenannten Oppositionslisten beteiligen oder sich auf diesen Listen aufstellen lassen, stellen sich damit außerhalb der Organisation. Die Verbandsleitung kann nicht zulassen, daß Mitglieder des Verbandes eine Tätigkeit betreiben, die gegen die Organisation gerichtet ist.

Im Vorjahre wurden in einigen Betrieben kommunistische Oppositionslisten zu den Betriebsratswahlen aufgestellt, u. a. auch im Leunawerk. Mit Hilfe der Unorganisierten erhielt die Opposition 16 Sitze im Arbeiterrat, während die freien Gewerkschaften nur 10 Vertreter durchsetzen konnten. Daneben wurden noch 3 Werkvereine und 1 Christlicher in den Arbeiterrat gewählt. Am 16. Mai 1929 ist eine Strafenordnung in Kraft getreten, die mit den Bestimmungen des § 80 Abs. 2 WRG. in Widerspruch steht. Im Arbeiterrat stimmten die Kommunisten mit Christlichen und Werkvereiner für die Strafenordnung, während die Freigewerkschafter dagegen stimmten. Nach dieser Strafenordnung wird die Strafe vom Betriebsführer oder seinem Stellvertreter festgelegt. Der bestrafte Arbeiter kann innerhalb 10 Tagen mündlich oder schriftlich beim Arbeiterrat Einspruch erheben. Wird ein Einspruch innerhalb dieser 10 Tage nicht erhoben, so ist die Strafe durch stillschweigende Zustimmung des Belegschaften angenommen, ihre Höhe als gemeinsam vom Arbeitgeber und Arbeiterrat gemäß § 80 Abs. 2 WRG. festgesetzt. Bei der Furcht der Arbeiter vor Entlassungen ist es verständlich, daß recht wenig Einsprüche erfolgen. Nur wenn der Arbeiter Einspruch erhebt, dann erst erfolgen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiterrat, und wird dabei keine Einigung erzielt, dann entscheidet das Arbeitsgericht. Nach den im „Betriebsrat“ veröffentlichten Entscheidungen, insbesondere der Entscheidung des WRG., ist die Festsetzung der Strafen durch die Betriebsleitung unzulässig. Der § 80 Abs. 2 ist zwingender Natur. Danach können die Strafen nur gemeinsam durch Arbeitgeber und Arbeiterrat verhängt werden.

Es blieb also den Anhängern der sogenannten Opposition vorbehalten, durch die beschlossene Strafenordnung den § 80 Abs. 2 auszuhalten. Es wird sonst immer von den Anhängern der KPD. behauptet, daß das Betriebsrätegesetz nichts taue, und im Leunawerk ist man dazu übergegangen, die gesetzlichen Bestimmungen noch zu verschleiern. Wenn das der Zweck der sogenannten Oppositionslisten sein soll, dann müssen sich die freigewerkschaftlichen Mitglieder für solche Vertreter bedanken.

Die Betriebsräte-Neuwahlen sollen nach den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftskongresses so vorgenommen werden, daß auf Vorschlag der Funktionäre des Betriebes in einer Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Vorschlagsliste aufgestellt wird. Die einzelnen Berufsgruppen sollen entsprechend ihrem Zahlenverhältnis auf der Vorschlagsliste vertreten sein. Ohne Rücksicht auf die politische Anschauung der Kandidaten soll berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und vor allen Dingen gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Unsere Verbandsmitglieder haben alle Veranlassung, dahin zu wirken, daß in jedem Betriebe eine einheitliche gewerkschaftliche Vorschlagsliste zustandekommt.

Daneben muß es unsere Aufgabe sein, überall für eine ordnungsgemäße Betriebsvertretung zu sorgen. Dort, wo diese nicht besteht, wird man zweckmäßigerweise den Arbeitgeber auf seine Pflicht zur Bestellung des Wahlvorstandes aufmerksam machen. Kommt dieser der Pflicht zur Bestellung des Wahlvorstandes nicht nach, dann kann der Vorsitzende des Arbeitsgerichts angerufen werden, damit dieser den Wahlvorstand bestellt, wobei natürlich gleich zweckentsprechende Vorschläge gemacht werden müssen.

Das Betriebsrätegesetz gibt der Arbeiterschaft wichtige Rechte. Besteht keine Betriebsvertretung, dann besteht auch kein Einspruchsrecht bei Kündigungen und Entlassungen. Auch das sonstige Mitwirkungsrecht bei dem Erlaß von Dienstvorschriften und Arbeitsordnung ist bei dem Fehlen einer Betriebsvertretung nicht vorhanden. Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß unsere Kollegen und Kolleginnen in allen Betrieben für das Zustandekommen einer Betriebsvertretung wirken müssen, wenn sie nicht auf wichtige Rechte verzichten wollen. Wo Kolleginnen beschäftigt sind, muß deren entsprechende Berücksichtigung bei der Aufstellung der freigewerkschaftlichen Vorschlagsliste erfolgen.

Kolleginnen und Kollegen, gebt den Zersplitterern die rechte Antwort und sorgt dafür, daß in jedem Betriebe eine einheitliche freigewerkschaftliche Vorschlagsliste zu den

# Unerhörte Provokation der freigewerkschaftlichen Arbeiterratsmitglieder im Leunawerk.

Die Kommunisten bei der Arbeit. — Die freigewerkschaftlichen Vertreter verlassen die Sitzung. — Christen und Gelbe bleiben mit den Kommunisten zusammen.

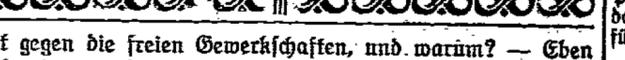
Die politischen Wahlen zu den Landes- und Kommunalparlamenten sind vorbei. Der Dreh mit dem antiparlamentarischen Theater zieht auch nicht mehr. Also hat man Zeit und Gelegenheit, sich etwas anderem zuzuwenden. Die Zeit kommt immer näher, wo die Arbeiter wieder eine sehr wichtige Entscheidung zu fällen haben, nämlich die Betriebsratswahl, und da ist es verständlich, wenn die Kommunisten eine besondere Aktivität entfalten. Die kommunistische Partei war in der letzten Zeit stark beschäftigt. An allen Ecken und Enden wurde ein Feuerchen angezündet, wurden die Erwerbslosen mobilisiert, nicht etwa um ihnen zu helfen, nein, denn das hätte anders viel wirkungsvoller geschehen können. Das Erwerbslosenelement war gerade wieder einmal gut genug, um das stark ramponierte Führerprestige in der kommunistischen Partei zu stützen und um eine Möglichkeit zu haben, gegen die verfluchten sozialfaschistischen Arbeiter zu hetzen. Schließlich braucht man einen Resonanzboden. Auch für die Betriebsratswahlen braucht man solche „Voraussetzungen“. Die kommunistische Partei hat ihre Figuren schon entsprechend umgestellt und das Gesicht ein wenig mehr dem Betrieb zugewandt. Das Trommelfeuer gegen die freigewerkschaftlichen Betriebsräte hat bereits begonnen, und planmäßig hat man hier und dort mit den Provokationen und verrückten Parolen eingeseht. Auch im Leunawerk, dem ja die Kommunisten immer eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden, haben sie bereits planmäßig mit dem Angriff begonnen. Alles das wird nicht nur bewiesen durch die neue Welle der sogenannten Leunawerksversammlungen, die die Kommunisten wieder allenthalben abhalten, allerdings mit genau demselben Erfolg wie vor drei Monaten, einige Dutzend Leute kommen, wo Tausende kommen müßten, nichtdestoweniger beschließt man große Resolutionen und Aufrufe, und in der richtigen Aufmachung gibt man diese dann durch die Presse. Aber wie gesagt, das ist es nicht allein, im Betriebe selbst hat man schon die Kräfte eingeseht. Also kurz gesagt, die Kommunisten sind jetzt wieder dabei, den Resonanzboden für die Durchführung der Betriebsratswahlen nach ihrer Auffassung zu schaffen. Dazu gehört vor allen Dingen, daß man gegen die freigewerkschaftlichen Mitglieder die richtige Stimmung erzeugt, daß man gegen sie hetzt, daß man sie in Situationen drängt, die vielleicht eine Basis zur Verleumdung bieten. Diese Taktik wurde auch in der Arbeiterratsitzung am Dienstag, dem 21. Januar, im Leunawerk angewandt. In dieser Sitzung stand nur ein einziger Punkt auf der Tagesordnung, der hieß Weiterberatung bzw. Beschlußfassung über die neue Arbeitsordnung. Die Sitzung selbst sollte lediglich die Fortsetzung der am Freitag, dem 17. Januar, abgehaltenen Sitzung sein; die nach 3 1/2 stündiger Beratung über die fragliche Arbeitsordnung wegen der vorgezeichneten Zeit abgebrochen wurde. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schmitt eröffnete die Sitzung und begann sofort mit dem geplanten Angriff. In einer kommunistischen „Leunawerksversammlung“ soll irgendein Arbeiter irgendeine Beschuldigung erhoben haben, und er fühle sich deshalb veranlaßt, eine Erklärung abzugeben. Schmitt verlas dann eine sehr scharfe Erklärung gegen die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder. Der Parteifreund von Schmitt, der 120prozentige Kommunist Sander, fügte dieser Erklärung dann noch eine sehr scharfe persönliche Note an und bezeichnete eine Bekanntmachung, die der Betriebsrat mit Mehrheit beschlossen hatte, als Schanddokument und beschimpfte diese Mehrheit als politisch verlampt. Die freigewerkschaftlichen Mitglieder im Arbeiterrat und auch die gewerkschaftlichen Vertreter protestierten wohl gegen diese Beschimpfung und ließen durch den Betriebsratsvorsitzenden, den Kollegen Walter, diese Beschimpfung zurückweisen und erklären, daß wir uns von Sander, den wir ja genügend kennen, nicht provozieren lassen. Wir blieben also ruhig, weil wir Wert darauf legten, bei der Beratung über eine neue Arbeitsordnung im Interesse der Belegschaft mitzuarbeiten. Wir wollten unter allen Umständen in der Sitzung bleiben. Das schies aber den Kommunisten nicht in den Kram zu passen. Sie hatten es offenbar darauf angelegt, diesmal so lange zu provozieren, bis die freigewerkschaftlichen Vertreter die Sitzung verließen oder vielleicht die Sitzung ganz anfliegen ließen. Als man alles nichts nützte, da kommt der Kommunist Sander mit einer zweiten Erklärung, die sich mit ihm selbst und einer Metallarbeiter-Generalsversammlung befaßt. Er wollte sich, wie er sagte, rechtfertigen, daß er ja gar nicht der große Ständenbock sei, als den man ihn in der fraglichen Metallarbeiterversammlung hingestellt habe. Er habe an der Tür des Versammlungslokals geschrien und gehöhrt, wie man über ihn hergefallen sei. Er verlas dann eine Erklärung und begleitete diese mit derartig niederträchtigen Beschimpfungen, daß man nicht mehr ruhig bleiben konnte. Wer kann ruhig bleiben, wenn er von einem Varschen wie Sander wiederholt als „...“ verlampt beschimpft und dann noch einer jehusischen Versammlung bezichtigt wird, wer kann das? Niemand, am allerwenigsten die freigewerkschaftlichen Kollegen, die ja in erster Linie neben den finanziellen Opfern auch noch die moralischen Kräfte anzubringen haben für viele andere, die sanftig und feige zur Seite stehen. Also hier dürfen wir nicht mehr ruhig sein, noch dazu, da der Vorherrschende Schmitt alle diese Beschimpfungen ruhig hingehen ließ. Die freigewerkschaftlichen Arbeiterräte trauen hierauf zu einer kurzen Fraktionsabstimmung zusammen und beschließen, die Kommunisten zum Widerruf zu zwingen. Nach unserem Wiedereintritt in der Sitzung geben wir eine entsprechende Erklärung ab, in der wir verlangen, daß Schmitt Sander zur Ordnung zu rufen habe und daß Sander seine Beschimpfungen zurücknehmen müsse. Aber diese ganz selbstverständliche Forderung ging man aber glatt hinweg. Der Vorherrschende Schmitt lehnte eine uns rechtfertigende Erklärung räumweg ab, ja er fragte ausdrücklich Sander noch jeder Richtung hin, Sander, dadurch erzwungen, ergreift man noch einmal das Wort, um keine niederträchtigen Verleumdungen und

Schimpfungen zu wiederholen. Unter diesen Umständen war es für die freigewerkschaftlichen Kollegen unmöglich geworden, an dieser Sitzung noch weiter teilzunehmen. Die Kommunisten hatten also das erreicht, was sie sich offenbar als Ziel gesetzt hatten. Die freigewerkschaftlichen Vertreter waren draußen. Nun hat man doch die Möglichkeit, wieder einmal über die Sozialfaschisten allen möglichen Schwindel unter der Belegschaft zu verbreiten. Nicht sagen wird man den Arbeitern, wie sehr man provoziert hat. Nicht sagen wird man, daß man in dem Augenblick, wo die freigewerkschaftlichen Vertreter zu einer Fraktionsbesprechung die Sitzung verließen, schnell telephonisch den Werksvertreter herbeirief und zur eigentlichen Tagesordnung überging. Und warum geschah das? Weil die Kommunisten eben wollten, daß der Werksvertreter Zeuge der Auseinandersetzungen wurde. Und warum wollte man diesen Zeugen? Oh, das geht alles planmäßig. Schmitt jagte es sofort selbst, indem er uns verdächtigte, wir würden durch unser Verhalten der Werksleitung wieder einmal den Tip geben. Versteht ihr, Kollegen, was man will? Also, damit man draußen bei den Arbeitern kolportieren kann, wir hätten im Beisein der Werksleitung Schmitt, Sander u. a. der Verleugung der gesetzlichen Arbeiterratspflichten bezichtigt, deshalb hatte man den Werksvertreter schnell selbst gerufen. So und nicht anders liegen die Dinge. Sicher glaubten die Kommunisten, daß durch ihr Manöver die Sitzung überhaupt aufzufliegen würde, aber der Werksvertreter Schmitt tat ihnen den Gefallen und blieb da — und was am denn auch nicht? Die Kommunisten, Christen und Werksvereiner saßen mit dem Werksvertreter dann hübsch ruhig noch lange beisammen und „berieten“ über die neue Arbeitsordnung. Es scheint, daß sich die Kommunisten mit den Gelben ganz gut vertragen. Wegen diese führt man keinen Kampf, hier fällt kein Wort des Unwillens. Der ganze Haß, der ganze Schmutz



## Auf zwei Schultern tragen?

Man kann nicht zugleich ein überzeugter KPD-Anhänger und ein überzeugter Gewerkschafter sein. Die beiden Begriffe sind ein Widerspruch, stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Wie kann ein guter Gewerkschafter die KPD unterstützen, wenn er seit einem Jahrzehnt beobachtet konnte, wie die KPD alle Mittel anwendet, um die gewerkschaftliche Disziplin und damit ihre Einheit und die Gewerkschaft selbst zu zerbrechen? Wo bleibt die Logik?



geht gegen die freien Gewerkschaften, und warum? — Eben weil wir vor der Betriebsratswahl stehen und weil man hierfür planmäßig den Boden vorbereiten will. Bestimmt sind Schmitt und Sander u. a. nur die Figuren auf dem Schachbrett, die von einer unverantwortlichen und verrückten Parteiführung, à la Merker, geschoben werden. Aber immerhin, sie sind alt genug, um zu wissen, was sie tun. Diese Leute sind also voll verantwortlich für das, was geschieht. Die Leunawerksarbeiter sollen immer daran denken, die Einigkeit ist die beste Waffe, die wir haben, und daß diese Einigkeit nicht zustande kommt, dafür sorgen Schmitt, Sander und Genossen. So wie hier in Mitteldeutschland, so wie es hier von den Kommunisten jetzt im Leunawerk gemacht wird, so wird man es überall im Reiche tun. Wir geben deshalb allen unseren Kollegen im Reiche diese neue Aktion der Kommunisten gegen die Gewerkschaften hiermit zur Kenntnis. Argus.

## Bericht des Gaues 15 über das Jahr 1929.

Am Ende 1928 hatte der Gau 30 Jahrestellen mit 38 739 Mitgliedern  
Am Ende 1929 hatte der Gau 31 Jahrestellen mit 39 482 Mitgliedern  
Zunahme: 723 Mitglieder.

Zur Aufsichtung unserer Funktionäre wurde am 26. und 27. Juni in Westerland eine Geschäftsführer-Konferenz abgehalten. Diese nahm Stellung zum Verlauf der bis dahin abgeschlossenen Parteipraktiken. — Eine weitere Geschäftsführer-Konferenz fand statt am 23. Oktober, in der zum Kartellvertrag mit dem Metallarbeiterverband Stellung genommen wurde. Um die Arbeiterinnen mehr für die Organisation zu interessieren, sie als Werbepersonen in den Betrieben zu gewinnen, hat am 24. November in Hamburg eine Frauen-Konferenz stattgefunden. Die Mehrzahl unserer weiblichen Mitglieder ist beschäftigt in der Gummiindustrie, dann folgt die übrige chemische Industrie, chemische Wäschereien und Färbereien, Jandholzwirtschaft, dann die Seifenindustrie.

### Lohnbewegungen.

In der chemischen Industrie gelang es, für die Section IIIb einen neuen Bezirkslohnvertrag mit geringen Verbesserungen zu schaffen. — Die Arbeitgeber verlangten zunächst eine Anzahl wesentlicher Verschlechterungen. Eine Einigung wurde nicht erzielt. So sollte das Haupttarifamt entscheiden. Es fand Termin statt am 27. April für Hannover-Nord, am 2. Mai für Hamburg, Schleswig-Holstein. In beiden Fällen kam kein Spruch zustande, da nur ungenügende Angebote gemacht wurden. Annahmeh wurde durch uns der Schlichter Dr. Stenzel angezogen. Dieser war jedoch zu einem baldigen Termin nicht bereit. Inzwischen wurden für eine Anzahl anderer Bezirke Schiedsprüche gefällt. So für Hannover und Frankfurt a. M. Jetzt war mit Sicherheit damit zu rechnen, daß der Schlichter von Hamburg nicht über die Schiedsprüche des eigenen Tarifamtes hinausgehen würde. Ein weiteres Hinanzögern eines Abchlusses hätte Verluste für unsere Kollegen bedeutet. Deshalb wurde das Haupttarifamt erneut angesprochen, welches dann am 15. Mai für beide Bezirke einen Spruch fällte mit einer Lohnerhöhung für den ungelerten Arbeiter über 20 Jahre von 4 Pf. in allen Ortsklassen pro Stunde. Durch den Schiedspruch waren alle Verschlechterungsanträge der Arbeitgeber abgelehnt. Am 20. April fällte der Schlichtungsansatz in Oldenburg einen Schiedspruch mit einer Zulage von 2 Pf. pro Stunde für die Linoleumindustrie in Delmenhorst. Der Spruch wurde von beiden Seiten angenommen. Für die Seifenindustrie Bremen wurde vor Haupttarifamt am 3. Mai ein Schiedspruch gefällt mit einer Erhöhung der Löhne um 4 Pf. pro Stunde. — Für die Seifenindustrie Hamburg, Schleswig-Holstein wurde durch Verhandlung am Orte am 16. Mai ein neuer Tarif abgeschlossen. Erhöhung ebenfalls 4 Pf. pro Stunde.

In der Siegelindustrie bereiteten uns die Tarifbewegungen erhebliche Schwierigkeiten. Die Siegelarbeiter haben den Wert einer tariflichen Regelung leider immer noch nicht genügend erkannt. Die Gleichgültigkeit, die sie in vielen Fällen den abgeschlossenen Tarifverträgen gegenüber an den Tag legen, indem sie ihre Tarifrechte nicht fordern, veranlaßt die Siegelarbeiter, uns von Jahr zu Jahr immer größere Schwierigkeiten zu bereiten. Ein solches Verhalten unserer Siegelkollegen ist auch aus dem Grunde verwerflich, weil die Rechtsprediger der Arbeitsgerichte immer mehr und mehr dem Standpunkt der Belegschaft zuneigen.

Gefügt auf diese Tatsachen kündigten die Arbeitgeber uns die Lohnsätze. Sie wünschten allgemein einen Abbau der Löhne um 6 Prozent. Außerdem sollte für den Tarifbezirk Schleswig-Holstein das tarifliche Vollalter von 18 auf 20 Jahre heraufgesetzt und eine Anzahl Siegelarbeiten in eine niedrigere Ortsklasse verlegt werden. — Zusammengefaßt bedeuteten diese Vorschläge für die Arbeiter, daß ein Lohnabbau von 6 Prozent bis zu 21 Prozent eingetreten wäre. Im Bremer Bezirk sollten die Arbeiter niedrigere Löhne unter schriftlich anerkennen. Der verlangte Lohnabbau konnte überall restlos abgewehrt werden und eine Lohnerhöhung von 8 bis 4 Pf. pro Stunde eintreten.

In der Kalksandsteinindustrie führte unsere Tarifbewegung zu einem Teilstreit. Der Manteltarif sollte verbessert und die Löhne um 25 Prozent erhöht werden. Mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen war es möglich, den Manteltarif in verschiedenen Verbesserungen zustande zu bringen. — Die Löhne sollten nach dem Schiedspruch um 6 bis 12 Prozent erhöht werden. Nach dieser Lohnerhöhung waren die Kollegen nicht zufrieden. Nachdem der Schiedspruch von der Arbeiterschaft des gesamten Tarifbezirks abgelehnt war, legten unsere Kollegen in den 10 Betrieben, die im Gebiet der Zahlstelle Hamburg liegen, am 29. April die Arbeit nieder.

Der Arbeitgeberverband beantragte beim Landeslichter die Verbindlichkeit des Schiedspruches, die am 14. Mai ausgesprochen wurde mit der Begründung, das Baugewerbe komme anderenfalls zum Erliegen. Ungewöhnlich hartnäckig und langwierig war unsere Tarifbewegung in der Zementindustrie. Die Arbeiterschaft der Zementbetriebe verlangte von den Organisationsleitungen, einen Reichstarif zu schaffen. Die Verwirklichung war aus verschiedenen Gründen noch nicht möglich. Es wurde deshalb ein Bezirksstarif angestrebt, der für sämtliche Firmen gleichlautend sein sollte. Das letztere wurde erreicht, wenn auch die Abfassung als Firmen-tarif erfolgen mußte.

Eine Verbesserung der Manteltarifbestimmungen und eine Lohnerhöhung von 6 bis 8 Pf. pro Stunde war das Äußerste, was erreicht werden konnte. Für die Steingut- und Wandplattenbetriebe wurden ebenfalls Lohnforderungen gestellt. In Grohn-Wegebach sowie in Wolzenburg riefen die Firmen sofort den gesetzlichen Schlichtungsausschuß an, obwohl noch keinerlei Verhandlungen über die von uns eingereichten Forderungen stattgefunden hatten. Wir lehnten es ab, uns unter solchen Umständen an den Schlichtungs-verhandlungen zu beteiligen.

In den darauffolgenden Parteiverhandlungen konnte in beiden Orten eine Verständigung erzielt werden. In Dänischburg mußte der Schlichtungsausschuß entscheiden. Die erzielte Lohnerhöhung betrug in Grohn-Wegebach und in Dänischburg für Männer 5 bis 7 Pf. und für Arbeiterinnen 3 Pf. pro Stunde, in Wolzenburg für Männer 4 bis 10 Pf. und für Arbeiterinnen 2 bis 6 Pf. pro Stunde. In Wolzenburg stellten die Arbeiterinnen der Sortierabteilung am 26. April plötzlich die Arbeit ein, weil die Firma eine größere Pensumleistung verlangte. Durch Verhandlungen wurde erreicht, daß die Firma ihr Verlangen zurückzog, worauf die Arbeit nach fünfständiger Pause wieder aufgenommen wurde.

In der Betonwaren- und Kunststeinindustrie erreichten wir eine Erhöhung der Löhne um 7 Pf. pro Stunde, in der Spitze. Bei der Firma H. D. Müller in Lüneburg, die außerhalb des Tarifbezirkes liegt, gelang es, ebenfalls eine Lohnerhöhung durchzusetzen von 5 Pf. für Männer und 3 Pf. für Arbeiterinnen pro Stunde. In der Kies- und Schotterindustrie gelang es uns, auch für die Kieswerke bei Mölln, an der Trave gelegen, Tarifverträge zu schaffen. Der abgeschlossene Tarifvertrag bedeutet eine erhebliche Verbesserung für die Arbeiterschaft, besonders soweit die Löhne in Frage kommen, die für ungelernete Arbeiter von 67 auf 75 Pf., für angelernte Arbeiter von 71 auf 82 bis 85 Pf. und für Sandwerker von 70 bis 78 auf 80 bis 90 Pf. pro Stunde erhöht wurden.

Ebenso erreichten wir für sämtliche Werke der Firma Polenski u. Dr.-Ing. Rathjens laut Schiedspruch des Schlichtungsausschusses eine Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde. Diese Lohnerhöhung befriedigte die Arbeiterschaft nicht. Sie trat in Streik, der aber nach 14tägiger Dauer abgebrochen werden mußte, weil sich Stahlhelmer als Streikbrecher eingefunden hatten. In der Papiererzeugungsindustrie verlief unsere Lohnbewegung in diesem Jahre ohne Arbeitseinstellungen. Das Unternehmertum in der Papierindustrie leistet regelmäßig in jedem Jahre den größten Widerstand gegen jegliche Verbesserung der Löhne. Schließlich gelang es doch, eine Verständigung auf der Grundlage zu erzielen, daß der Stundenlohn der Gruppe C (Hof- und Plagarbeiter) in allen Ortslohnklassen gleichmäßig um 4 Pf. erhöht wurde.

Rund 200 Verhandlungen mit den Parteien und den Schlichtungsstellen waren notwendig zur Regelung der Lohn- und Tarif-abschlüsse. Abgeschlossen wurden Tarifverträge für 442 Betriebe mit 30 800 Beschäftigten, davon waren bei uns organisiert 17 000, in anderen freien Gewerkschaften 3500. Die Zahlstellenleistungen haben nach den uns zugegangenen Schlußberichten Tarife abgeschlossen für 252 Betriebe mit 23 200 Beschäftigten. Davon waren bei uns organisiert 12 000, bei anderen freien Gewerkschaften 2500. Für weitere 2000 Mitglieder dürften noch Tarife abgeschlossen sein, worüber uns jedoch keine Schlußberichte vorliegen.

### Allgemeine Wirtschaftslage.

Betriebsstillegungen sind meist Zeichen einer schlechten Konjunktur. Wir wollen hier einige Stillegungen registrieren. Am 12. Februar gibt die Zuckerfabrik Schönlau bekannt, daß sie infolge des starken Frostes den Betrieb einstellen muß. Ungefähr 400 Leute werden davon betroffen. Am 19. Juli wurde der Betrieb „Elbe“ der Vereinigten Gl-fabriken Thiel stillgelegt. 500 Leute wurden entlassen. Am 1. August wurde die Margarinefabrik von Hopfenkamp in Delmenhorst stillgelegt. Entlassen wurden gegen 80 Leute. Am 2. Oktober wurde der Betrieb Kali-Chemie in Brunsbüttel wegen großer Lagerbestände und baulicher Veränderungen stillgelegt. Es kamen 172 Arbeiter und 20 Angestellte zur Entlassung. Am 31. Oktober wurde die Zinkhütte Willbrook stillgelegt. Entlassen sind 400 Arbeiter und 50 Angestellte. Am 12. Dezember erfolgte die Betriebsstillegung der chemischen Fabrik Papenburg. Es wurden 200 Arbeiter entlassen. Lohn konnte nicht ausbezahlt werden. Am 18. Dezember wurde die Baumwollbleicherei in Glückstadt stillgelegt. Entlassen wurden 70 Arbeiter. Streiks hatten wir in Bremen im April bei der Deutschen Vacuum-AG, und in den Hartleimwerken in Hamburg in 9 Betrieben. Vom 19. bis 22. August streikten die Hückelschneider in Marne. In Brake streikte am 14. Oktober die ganze Belegschaft der Feinraffinerie AG. we zu Maßregelung. Anfang August streikten die Arbeiter in den Kies- und Schotterwerken in Flensburg. Arbeiterstreik. Zum Schluß sei noch ein etwige Opfer der Arbeit erinnert. In der Norddeutschen Affinerie ereigneten sich zwei Todesfälle, am 18. und 18. September, und am 28. August durch Explosion in der Sprengstoffabrik in Arzbee ein Todesfall, ferner wurden

der 6 Personen schwer verlegt. — Die Todesopfer waren alle drei bei uns Mitglied. — Es muß leider festgestellt werden, daß die Unfallziffern eine Steigerung aufweisen.

Im allgemeinen ist festzustellen, daß sich die Wirtschaftsverhältnisse im Laufe des Jahres immer mehr verschlechtert haben. Wenn es trotzdem gelang, noch mit einer Zunahme der Mißglisler abzuschießen, so war dies nur möglich durch die unermüßliche Kleinarbeit unserer Funktionäre. — Dieses berechtigt uns zu der Annahme, auch im nächsten Jahre, trotz aller Anfeindung, wieder ein Stück vorwärts zu kommen.

Otto Sillmann.

### Berichte aus den Zahlstellen.

#### Die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung der Zahlstelle Berlin.

Jedes Jahr im Januar finden in Berlin die Bezirks- bzw. Gruppensammlungen statt, in denen die Wahlen zu den Zahlstellen und der Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen werden. In früheren Jahren nahmen diese Versammlungen immer einen ruhigen Verlauf, obwohl häufig und manchmal sehr lebhaft und scharf, aber trotzdem sachlich diskutiert wurde. Erst den Kommunisten blieb es vorbehalten, einen Ton in die Versammlungen hineinzutragen, den man nur als Raschmenton bezeichnen kann. Ebenfalls veranlaßten sie die politischen Auseinandersetzungen, wobei sie jeden beschimpften, der nicht das KPD-Buch in der Tasche hatte. Die Folge dieser Taktik war (vielleicht war dies auch beabsichtigt), daß viele Kollegen, angeekelt von diesem Treiben, den Versammlungen fernblieben.

Während früher die Wahl der Delegierten usw. in der Weise vor sich ging, daß die einzelnen Kandidaten durch Zuzufuß aus der Versammlung und zwar auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Fähigkeiten und Verdienste gewählt wurden, traten plötzlich die Kommunisten unter dem Deckmantel der Opposition mit geschlossenen Listen auf den Plan. Sie taten dies auf Befehl Moskaus. Dadurch erhielten die Wahlen nun direkt den Charakter von politischen Wahlen. Für die Kommunisten war nicht mehr die freigewerkschaftliche Tätigkeit und die Befähigung der Kandidaten maßgebend, sondern welcher politischen Partei die Kandidaten angehörten. Der Boden für diese Wahlen wurde in der KPD-Presse vorbereitet durch die unehörtesten Lügen, gemeinsten und niedrigsten Beschimpfungen nicht nur der leitenden Körperschaften unserer Organisation, sondern auch der Personen, die sich in leitender Stellung befinden.

Die Kommunisten bauten in den Betrieben und Bezirken unserer Verbandsgebiete sogenannte Zellen und Fraktionen oder, richtiger gesagt, sie versuchten es, denn überall gelang es ihnen nicht. Eine Zeitung haben sich die Kollegen der Amsterdamer Richtung diese Dinge mit an. Als aber einige Bezirke, die vorher fest in Händen der Amsterdamer Richtung lagen, nun plötzlich in die Hände der KPD fielen, war es doch an der Zeit, Gegenmaßnahmen zu organisieren. Diese wurden dann auch tatkräftig in die Wege geleitet, und zwar zunächst dadurch, daß ebenfalls in allen Bezirken Fraktionen der Amsterdamer Richtung gebildet wurden. Der Erfolg zeigte sich bald. Wenn es auch nicht gelang, auf einen Schlag die von den Kommunisten beherrschten Bezirke wieder in unsere Hände zu bekommen, so wurde doch unsere Stimmenzahl von Jahr zu Jahr höher. Da nun einige der oppositionellen Kollegen, die sich offen als Führer bekannten, Handlungen begingen, die unbedingt verbandsschädigend wirkten, sah sich der Hauptvorstand veranlaßt, sieben dieser Verbandsführer auszuschließen. Nun erhob sich ein Nachgeschrei der Kommunisten. Die „Kofe Fabne“ erging sich in den wüßtesten Beschimpfungen und Verleumdungen. Sie kündigte für die diesjährigen Wahlen fürchterliche Abrechnung an.

Nun, die Fabrikarbeiter haben Abrechnung gehalten! Sie haben den kommunistischen Schreihäulen und Phrasenbeden eine Niederlage bereitet, die sie sobald nicht überwinden werden. Die beiden großen Bezirke Wedding und Friedrichshain, die sie seit 4 bzw. 2 Jahren im Besitz hatten, gingen ihnen verloren, und zwar Wedding mit 127 gegen 94 und Friedrichshain mit 60 gegen 47 Stimmen. In den anderen Bezirken haben sie überall Stimmen verloren, so daß sie in diesem Jahre mit nur 20 Delegierten gegenüber 44 Delegierten im Vorjahre von insgesamt 167 Generalversammlungsteilnehmern vertreten sind.

In den 35 Bezirks- bzw. Gruppensammlungen waren rund 2000 Mitglieder anwesend, von denen die Amsterdamer Richtung zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigte.

Den Erfolg verdanken wir in erster Linie der unermüßlichen und opferfreudigen Arbeit unserer Kollegen in den Bezirken, die immer und überall für die Geschlossenheit und Einheit der Gewerkschaften eingetreten sind. Ferner aber ist dieser Erfolg auf die Tatsache zurückzuführen, daß unsere Kollegen, die früher grollend beiseite standen, sich mehr und mehr wieder zur praktischen Gewerkschaftsarbeit zurückfinden, weil sie einsehen, daß ihnen die Kommunisten mit ihren Phrasen und revolutionärem Geschrei nicht helfen können. Es ist zu wünschen, daß sich diese Auffassung mehr und mehr verbreitet und daß es in der Zahlstelle ein für allemal mit dem kommunistischen Spuk zu Ende sein möge.

S. R.

**Chemnitz.** Am Sonnabend, dem 25. Januar 1930, sagte im Volkshaus zu Chemnitz die Jahresmitgliederversammlung unserer Zahlstelle. Kollege Siegmund gab den Geschäftsbericht. Die Versammlung ehrte zunächst die im Berichtsjahre verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Sichen. Kollege Siegmund wies darauf hin, daß am 15. März 1929 eine Feier aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Zahlstelle im Volkshaus, verbunden mit einer Ehrung der alten Mitglieder, die dem Verband 25 Jahre und länger angehören, stattfinden soll. Zum Geschäftsbericht selbst führte er aus, daß das Jahr 1929 größere gewerkschaftliche Kämpfe auch für den Fabrikarbeiterverband nicht gebracht hat, es sei möglich gewesen, in allen Industrien ohne Streik Lohnverbesserungen im Durchschnitt von 4 Pf. pro Stunde zu erreichen. Man hat allerdings eine längere Tarifdauer als ein Jahr in den meisten Industrien mit in Kauf nehmen müssen. Die Mitgliederzahl ist von 3998 am Ende des Jahres 1928 auf 5827 gestiegen. Der Mitgliederverlust ist auf die große Zahl der Abgereisten zurückzuführen und darauf, daß eine Anzahl von Betrieben, insbesondere der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie, im Laufe des letzten Jahres stillgelegt wurde. — Es waren 1764 Versammlungen, Verhandlungen, Sitzungen usw. zu erledigen. 188 Prozesse vor den Arbeitsgerichten, die 198 Termine erforderten, mußten vertreten werden; 128 davon wurden gewonnen resp. durch einen günstigen Vergleich für die Mitglieder erledigt, 10 davon sind verlorengegangen. Das Arbeitslosenversicherungsproblem hat dem Jahre 1929 seinen Stempel aufgedrückt. Gerade wir als Fabrikarbeiter haben uns sehr stark mit diesen Dingen beschäftigen müssen, weil ein Teil unserer Mitglieder von den erfolgten Gesetzesänderungen, mit denen wir absolut nicht zufrieden sind, außerordentlich hart betroffen wird. Es sei dabei nur an die Wandergieglar erinnert, die, wenn sie 1/2 oder 3/4 Jahre im Chemnitzer Bezirk auf Ziegelei arbeiten und dann in ihre Heimat zurückkommen, nicht mehr die Unterfertigung nach dem Verdienst, den sie in Chemnitz hatten, erhalten, sondern nach der Lohnhöhe, wie sie in ihrem Heimatbezirk festgelegt ist. Auch die Reformulierung des § 89a hat gerade für die Zieglar außerordentliche Härten mit sich gebracht. Es muß Aufgabe der zuständigen Instanzen sein, dafür zu sorgen, daß diese untragbaren Härten recht bald wieder beseitigt werden. — Wiederholte Verhandlungen waren wegen Stilllegung von Betrieben mit den Gewerkschaftsbeamten notwendig. Wir geben an dieser Stelle der Verbandsführung Ausdruck, daß nach unserer Meinung in manchen Fällen nur deshalb stillgelegt wurde resp. stillgelegt werden soll, um unliebame Arbeiter aus dem Betrieb zu entfernen. Mit Beweisen dafür kann gebietet werden. Wir haben nicht erst einmal feststellen können, daß, wenn ein Betrieb stillgelegt worden ist und nach nicht allzu langer Zeit wieder eröffnet wurde, die früher in diesem Betrieb als Betriebsrat tätig gewesenen Arbeiter oder Arbeiterinnen nicht wieder eingestellt worden sind. Wenn es möglich war, haben die betreffenden Firmen sich einen Teil Leute als Arbeitnehmer geholt, die nachweisen, daß sie bei den Stahlmännern oder sonstwo organisiert waren. Da die betreffenden Leute den an sie

gestellten Anforderungen gemachten waren, das zu leisten vermochten, wird dabei keine Rolle, die Hauptfrage ist, daß die Firmeninhaber resp. deren Angehörigen wissen, daß diese Arbeiter bei den Stahlmännern sind und zur gegebenen Zeit gegen die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft verwendet werden können. (Ober ist es nicht so, Herr Heber sen. und jun.) Notwendig ist, daß der AOB, und die ZPD alles versuchen, um auf gesetzgeberischem Wege ein derartiges willkürliches und brutales Vorgehen einzelner Unternehmer bei Betriebsstilllegungen zu verhindern. Eine Änderung des BVO ist unbedingt erforderlich, und zwar in der Weise, daß alle Unternehmer, die ihren Betrieb eröffnen, verpflichtet sind, die früher beschäftigten Arbeitnehmer, in erster Linie die Betriebsratsmitglieder, mit allen Rechten wieder einzustellen. Geschieht hier nicht bald etwas, laufen wir Gefahr, daß Arbeiter sich nicht mehr bereit finden, das Amt eines Betriebsratsmitgliedes anzunehmen, weil sie sich der Gefahr aussetzen, bei passender Gelegenheit aus dem Betrieb entfernt zu werden. — Am Schlusse seiner Ausführungen ging Kollege Siegmund dann auf die Lohnbewegungen in den einzelnen Industrien näher ein, kennzeichnete die ungeheuren Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, forderte alle Versammelten auf, auch im Jahre 1930 tatkräftig an dem weiteren Ausbau der Organisation mitzuwirken. — Kollege Eger erstattete den Kasienbericht. Er konnte mitteilen, daß, wenn auch die Mitgliederzahl um ein Verlanges niedriger sei, im Jahre 1929 die finanziellen Verhältnisse der Zahlstelle sich trotzdem gebessert hätten. Der Lokalkassenbestand sei zwar gegenüber dem Vorjahre bedeutend höher geworden, aber immer noch nicht befriedigend. Notwendig sei, daß mehr als bisher das Verbandsstatut beachtet und die richtigen Beiträge geleistet werden. — In der sich anschließenden Debatte wurde von einer Kollegin gewünscht, daß man der Frauengattung mehr noch als bisher Aufmerksamkeit widmen soll. Die Kollegin Schlag ist insbesondere beschäftigt mit dieser Frage, gab man brauchbare Fingerzeige, wie in Zukunft die Agitation unter den Frauen betrieben werden soll. Kritik wurde an der Arbeit der Ortsverwaltung und Zahlstellenleitung nicht geübt. Einmütig brachten alle Debatterederer zum Ausdruck, daß man mit dem Geleisteten zufrieden sei und Ortsverwaltung und Zahlstellenleitung das Vertrauen aussprechen könne. — Die vom Kollegen Siegmund angeschnittene Frage der Betriebsstilllegungen und Abregelung der in den Betrieben als Betriebsräte tätig gewesenen Kollegen wurde insbedondere eifrig erörtert. Einmütig angenommen wurde die folgende von vier Kollegen eingebrachte

#### Entschlieung.

„Die am Sonnabend, dem 25. Januar 1930, in Chemnitz im Volkshaus tagende Jahresmitgliederversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Chemnitz und Umgebung, entnahm aus dem Jahresgeschäftsbericht, daß auch im Bereich unserer Zahlstelle im Laufe des letzten Jahres eine ganze Anzahl von Betrieben stillgelegt wurde und weitere Stilllegungen von Betrieben in nächster Zeit erfolgen sollen.

Ohne die Ursachen, die zu diesen Betriebsstilllegungen führten, zu untersuchen, muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß von denjenigen Betrieben, die stillgelegt hatten und nach einer gewissen Zeit ihre Betriebe wieder eröffneten, in den meisten Fällen die früher als Betriebsräte in diesen Betrieben tätig gewesenen Arbeiter, Kollegen unseres Verbandes, nicht wieder eingestellt worden sind. Die größte Zahl dieser Kollegen ist arbeitslos geblieben und kann außerordentlich schwer in anderen Betrieben Arbeit erhalten, weil ihnen vermutlich von der alten Firma Schwierigkeiten gemacht werden.

Es liegt der begründete Verdacht vor, daß ein Teil dieser Betriebsstilllegungen in der Hauptsache nur deswegen erfolgt, um unliebame Arbeiter, Betriebsratsmitglieder aus den Betrieben zu entfernen. Deshalb hält es die heutige Mitgliederversammlung für unbedingt notwendig, daß die Verordnung vom 8. November 1920 ergänzt und die Zusage vom 15. Oktober 1923 zu dieser Verordnung betreffs Maßnahmen gegenüber Betriebsabdrücken und -stilllegungen alsbald in der Weise geändert werden, daß Unternehmer, die ihren Betrieb stilllegen, aber innerhalb eines Jahres wieder eröffnen, verpflichtet sind, alle von der früheren Arbeiterschaft resp. von den Betriebsratsmitgliedern vorhandenen Arbeitslosen zuerst mit ihren alten Rechten wieder einzustellen. Die Betriebsratsmitglieder müßten ihre Funktionen sofort wieder aufnehmen. Dem § 95 ist ein entsprechender neuer Absatz anzufügen.

Werden derartige Schutzbestimmungen für die Betriebsräte nicht geschaffen, so wird sich in absehbarer Zeit kein Arbeiter mehr bereit finden, den Posten eines Betriebsratsmitgliedes anzunehmen, weil er sich mit der Übernahme der Gefahr aussetzt, bei einer evtl. Betriebsstilllegung hinausgeworfen und nicht wieder eingestellt zu werden.

Die Versammlung fordert vom Hauptvorstand, vom AOB, von der Sozialdemokratischen Partei, daß sie umgehend und mit allem Nachdruck im Sinne dieser Entschlieung wirken.

Chemnitz, den 25. Januar 1930.“

Mit einem kräftigen Appell zur weiteren Mitarbeit auch im kommenden Jahre wurde die gut verlaufene Versammlung um 11 Uhr vom Kollegen Siegmund geschlossen. Ernst Siegmund.

**Freiberg i. S.** Am 19. Januar hielt die Zahlstelle Freiberg ihre Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht gibt der Vorsitzende. Er schildert die allgemeine wirtschaftliche Lage und hebt die große Zahl und Not der Erwerbslosen hervor. Das erbärmliche Verhalten der Kommunisten und Indifferenten der Gewerkschaft gegenüber wird vom Redner mit scharfen Worten bebach. Aus dem Bericht über die Lage der einzelnen Branchen in der Bezirkszahlstelle ist zu entnehmen, daß auch hier eine größere Zahl von Kollegen und Kolleginnen von der Erwerbslosigkeit nicht verschont geblieben ist. Sehr viele Streitfälle mußten im Berichtsjahre durch die Verbandsleitung geschlichtet werden. Am Schlusse seiner Ausführungen geht der Redner auf die kommenden Betriebsratswahlen ein und wünscht, daß selbige im gewerkschaftlichen Sinne durchgeführt werden. Der Kassierer, Kol. Pegold, gibt den Quartals- und Jahreskassenbericht. Die Einnahmen der Hauptkasse für das Berichtsjahr betragen 168 983,30 Mk., dem dieselbe Ausgabe gegenübersteht. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt 68 811,30 Mk. Die Ausgabe beträgt dieselbe Summe. Der Kassenbestand der Lokalkasse beträgt 13 818,16 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 2404 männliche und 680 weibliche, zusammen 3084 Mitglieder. Dem Kassierer wird einstimmig Entlastung erteilt. — In Punkt 2, Neuwahlen, gibt Kol. Tempel die Vorschläge der neuen Delegierten der einzelnen Betriebe bekannt. Sämtliche Vorschläge werden von der Versammlung bestätigt. Die Wahl der Verwaltung ergab nach einer kurzen Aussprache die Wiederwahl der alten Verwaltungsmittelglieder. Der Verwaltung gehören an: die beiden angefallenen Kollegen Tempel und Pegold, die Kollegen Langfener, Vogel, Hartmann, Richter, Schölzel, Bräuer und die Kollegin Anna Hanns. Die Vorschläge der Vertreter für die einzelnen Branchen wurden ebenfalls bestätigt. In Punkt 3, Gewerkschaftliches, macht Kol. Tempel auf die Wählerkontrolle aufmerksam. Auch wird auf die Arbeiterinnen-Kaukommission und deren Zusammenkünfte hingewiesen.

**Großenhain.** Die Zahlstelle hielt am Sonnabend, 22. Januar, ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Bericht des Kollegen Jöllner ließ erkennen, daß das Jahr 1929 weniger geeignet war, den Mitgliedern Fortschritte in tariflicher sowie sozialpolitischer Hinsicht zu bringen. Wenn es trotzdem gelang, in fast allen für den Verband in Frage kommenden Industriezweigen Lohnverbesserungen bis zu 5 Pf. je Stunde herauszubolen, so zeugt dies, daß der Verband nach wie vor bemüht ist, die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verbessern. Infolge des Brandes der Gummiabrik gleich zu Anfang des Jahres 1929 wurden an die 200 organisierte Arbeiter arbeitslos. Die Zahlstellenleitung war bemüht, den erwerbslosen Kollegen helfend zur Seite zu stehen, indem es ihr gelang, die Arbeitsunterstützung beim

Landesarbeitsamte durchzubringen. Erfolgreicherweise ist zu hoffen, daß der Betrieb in Kürze wieder voll in Gang kommt. Das Unternehmertum hat einen wohlorganisierten Kampf gegen die Sozialversicherung eröffnet. Der Kampf um die Reform der Erwerbslosenversicherung im Herbst des vergangenen Jahres habe diese beruhten. Glücklicherweise konnten die schlimmsten Verschlechterungen abgewehrt werden. Die Kommunisten haben bei diesem Abwehrkampf vollkommen versagt. Diese sind nur fähig mit ihrem zielbewußten Vorwärtsdrängen der Gewerkschaften Schwierigkeiten zu bereiten. Seltens des Hauptvorstandes ist deshalb mit den härtesten Mitteln gegen solche Mitglieder vorgegangen worden. Eine ganze Anzahl Teilnehmer an dem kommunistischen Gewerkschaftshongreg in Berlin ist ausgeschlossen worden. Auch in der Zahlstelle Großenhain ist ein solcher Ausschluß erfolgt. Der vorgetragene Kasienbericht zeigte, daß über 10 000 Mk. im Jahre 1929 innerhalb der Zahlstelle an die Mitglieder ausgezahlt worden sind. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab für das laufende Jahr folgende Zusammensetzung: Als erster Bevollmächtigter wurde der Kollege E. Winkler wiedergewählt, desgleichen der zweite Bevollmächtigte und Schriftführer Kollege J. Jöllner, dritter Bevollmächtigter und Geschäftsführer Kollege A. Gängler; als Revisoren wurden gewählt die Kollegen A. Arnold, Ed. Böhl, Emil Köhler und Erich Köhler, als Beisitzer die Kollegen Fr. v. Ludwig sowie Alfred Meißner. In den Ortsauschüssen wurden delegiert die Kollegen A. Jöllner, E. Winkler, Ed. Böhl, A. Gängler, Fr. v. Ludwig und Alfred Meißner. Nachdem Kollege Jöllner noch den Bericht über die Gaukonferenz und über die letzte Sitzung des Ortsauschusses erstattet hatte, erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

**Halle a. d. S. Jubiläumstest.** 81 Verbandsjubilare hat die Zahlstelle Halle des Verbandes der Fabrikarbeiter aufzuweisen, die der Organisation 25 Jahre und mehr, einige sogar bis 40 Jahre, die Treue hielten. Diesen Anlaß benutzte die Zahlstelle zu einer eindrucksvollen Feier am 22. Januar im festlich geschmückten großen Volksparksaale, zu der sich die Jubilare fast reiflos eingefunden hatten. Der Festleiter, Kollege Böhse, hielt die alten Kämpfer willkommen. Reaktionen von Höhe und Niedrigpunkt bildete die Festrede des Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes August Dren, der einen Rückblick auf die Entwicklung der Zahlstelle Halle gab. Schon vor dem Jahre 1890 wurde in Halle ein Lokalverein „zur Wahrung der Interessen der Hand- und ungelerten Arbeiter“ ins Leben gerufen, der 60 Mitglieder zählte, aber nach einhalbjährigem Bestehen aus Grund des preußischen Vereinsgesetzes aufgelöst wurde. Auch ein späterer Versuch, einen „Allgemeinen Arbeiterverein“ für die ungelerten Arbeiter ins Leben zu rufen, schlug fehl; auch er verfiel sehr bald der polizeilichen Auflösung. Die erste Zahlstelle wurde im Jahre 1897 in Ammendorf gegründet. Sie wurde aber als politischer Verein angesehen und, da es politischen Vereinen verboten war, Frauen als Mitglieder aufzunehmen und mit anderen Organisationen in Verbindung zu treten — die Zahlstelle hatte sich dem Gewerkschaftskartell Halle angeschlossen — wurde sie schon im folgenden Jahre polizeilich aufgelöst. Das zur Entscheidung angeführte Gericht entschied zwar, daß die polizeiliche Maßnahme ungesetzlich war, aber die Organisation war unterdessen eingeschlafen. Die um den Profit besorgten Unternehmer, besonders der chemischen und Papierindustrie, taten ein übriges, um zu verhindern, daß die neue Organisation Boden gewann. Besonders tat sich in dieser Beziehung die Direktion der Papierfabrik Ammendorf hervor, die, nachdem eine Belegschaftsversammlung stattgefunden hatte, einen Anschlag herausgab, nach dem jeder Arbeiter sich im Büro unterschreiben mußte, „auf Ehre und Gewissen“ verpflichtet zu sein, die Organisation weder anzugehören, noch ihr jemals beizutreten. Für Bekanntgabe solcher Leute, die trotzdem einer Organisation angehörten, wurde eine Prämie ausgesetzt. Aber das Klassenbewußtsein auch der Fabrikarbeiter war erwacht und der Wert einer gewerkschaftlichen Organisation erkannt worden. Zum mal die Löhne miserabel und die Behandlung alles andere denn menschenwürdig war. Sehr bald griffen die Arbeiter zur Waffe des Streiks, um ihre Lage zu verbessern, so 1900 in der Zuckerraffinerie, der allerdings verloren ging, 1906 in der chemischen Fabrik in Trotha, wo damals Tagelöhne von 2,30 bis 2,40 Mk. bei zwölfstündiger Arbeitszeit gezahlt wurden. Es gelang, die Löhne auf 3 Mk. heraufzubringen. Ebenso erfolgreich war ein Kampf in der Zementfabrik, der allerdings acht Verbandskollegen eine Anklage wegen Nötigung und Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu 1 Jahr einbrachte. Aber trotz aller Schikanen der Unternehmer, Polizei und Gerichte wuchs die junge Organisation; sie zählte 1906 bereits 780 Mitglieder und bei der Verschmelzung mit den Zahlstellen Ammendorf und Trotha waren es im folgenden Jahre 1500, so daß zur Erledigung der umfangreichen Arbeit ein Angestelltenrat benötigt wurde, dem bald ein weiterer folgte. Bei Kriegsausbruch zählte die Zahlstelle Halle 3000 Mitglieder. Der Krieg brachte einen Rückgang auf 800 Mitglieder, da nicht weniger als 1700 Kollegen zum Heeresdienst eingezogen waren, von denen über 200 ihr Leben opfern mußten. Nach dem Kriege brachte die allgemeine prunghafte Entwicklung der Gewerkschaften auch dem Verband der Fabrikarbeiter gewaltigen Mitgliederzuwachs, so daß 5000 männliche und 1000 weibliche Mitglieder die Zahlstelle Halle in ihren Reihen mußten konnte. Leider wirkten sich die politischen Wirren und die Gründung der kommunistischen „Union“ und des „Verbandes der Arbeiter in der chemischen Industrie“ nachteilig auf die Mitgliederbewegung aus. Der größte Teil der nach dem Kriege zur Organisation Geflohenen kehrte derselben wieder den Rücken und schmarotzt heute an den Erfolgen des Verbandes und seiner Mitglieder. Mit Recht führte Dren aus, daß alle die Jungen und Unzufriedenen sich an den ergrauten Jubilaren ein Beispiel nehmen sollten, die trotz manchen Mißgeschicks unentwegt der Organisation die Treue gehalten haben. Anschließend fand die Ehrung der Jubilare statt, denen der Hauptvorstand ein kunstvoll ausgeführtes Diplom überreichte. Ein Kollege aus der Mitte der Alten dankte der Ortsverwaltung für die bewiesenen Aufmerksamkeit und schloß mit einem Hoch auf die Organisation. U. g. Buchholz.

**Merseburg. Jubiläumstest.** Am Sonnabend, dem 25. Januar, feierte die Zahlstelle ihr 30jähriges Bestehen, das mit einer Ehrung von 10 Jubilaren und Gründern verbunden war. Schon lange vor Beginn der Feier war der Saal überfüllt und viele, die noch kamen, mußten wieder umkehren und konnten leider an der Veranstaltung nicht teilnehmen. Kollege Fischer hielt die Festrede. In seiner lebendigen und frischen Art schilderte er die Entwicklungsgeschichte der Zahlstelle, die zugleich ein wichtiges Stück Geschichte der Arbeiterbewegung für den Bezirk war: Ganz verstreut hinter der „Allenburg“, direkt am Mühlberg, liegt die Merseburger Papierfabrik, die sogenannte Königsmühle. Vor dreißig Jahren herrschten hier noch fast mittelalterliche Zustände. Männer und Frauen mußten sich hier Tag für Tag mit den primitivsten Werkzeugen für einen hundsmiserablen Lohn 12 Stunden abrackern. Der alte Dietrich, der Vater des jetzigen Besitzers, man nannte ihn wegen seines starken körperlichen Umfangs damals ganz allgemein „den Schmeller“, war unumschränkter Herrscher. Die Fabrik war kein Königreich. Es gab weder eine Arbeitsunterstützung, noch Urlaub, noch irgendwelche tariflichen Rechte. Der alte Herr pflegte gegenüber seinen Arbeitern stets die Anrede mit Du und er wurde sehr ungemütlich, wenn ein Arbeiter nicht so ganz willig und ohne zu murren seine Arbeit verrichtete. Unweil von der Königsmühle, in der Unter-Allenburg, war eine kleine Wirtschaft, das Lokal von Gustav Sack. In diesem Lokal verkehrten vor dreißig Jahren hauptsächlich die Arbeiter, und die Fabrikarbeiter hatten hier für ihre damals noch junge Organisation ihr Domizil aufgeschlagen. Dort war der Sitz der Metallarbeiter und für den damaligen Zentralverband der Maurer. In diesem Lokal lag auch das Volksblatt aus und dort wurde diskutiert, gestritten und wurden Fäden gesponnen. Dort verkehrten auch die Arbeiter der Königsmühle. Das rege Leben und Treiben der gelehrten Arbeiter für ihre Organisationen blieb auf die Arbeiter der Königsmühle nicht ohne Eindruck. Die Berufsorganisationen zogen aber damals noch scharfe Grenzen, und so fanden die Arbeiter der

kannte, hier keinen Platz. Bis dann schließlich sich einige ganz Mutige unter der Führung des alten verdienten Kollegen Gathe zusammenfanden und eine Ortsgruppe des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands gründeten. Am 7. Januar 1900 wurde von diesen Kollegen zu einer öffentlichen Versammlung in der Funkenburgergasse aufgerufen und hier wurde die Verbandszahlstelle gegründet. Es ist für uns heute sehr schwer, sich in die damaligen Verhältnisse hineinzudenken. Es ist keine Schande für die Personen, die dabei waren, wenn ich hier erwähne, daß manche, die sich bei der Organisation anmeldeten, nicht einmal ihren Namen schreiben konnten. Es ist vielmehr bezeichnend für das damalige Preußendeutschland. Einer der führenden Kollegen und Mitbegründer der Verbandszahlstelle, ein Arbeiter der Königs-mühle, wurde schon wenige Tage nach der Verbandsgründung von Herrn Dietrich zur Rede gestellt und an eine andere Arbeit veretzt und weil er fest blieb, wurde er auf die Straße gesetzt. Die Mäxigkeit, die die Kollegen trotz aller Schikanen entfalteten, ging den Herrn Unternehmern bald auf die Nerven. In wenigen Monaten hatte sich die Zahlstelle von 17 auf etwa 150 Mitglieder entwickelt. Wie in allen Organisationen blieben Rückschläge und Umstichungen nicht aus. Ein Teil der Kollegen trat aus und diese organisierten sich dann später in dem Transportarbeiterverband. Bis zum Jahre 1910 hatte sich die Zahlstelle gut entwickelt, allerdings blieb das schnelle Vorwärtsschreiten wie in anderen Industriezentren der Organisation hier verhalten. Immer wieder mußten Mitglieder abgegeben werden, so die Bauhilfsarbeiter und später die Landarbeiter. Unter ständigen Schwankungen entwickelte sich die Zahlstelle dennoch zu einigen hundert Mitgliedern. Schon damals zeigte sich das heute noch Typische für die Fabrikarbeiter, ihre sehr schwierige Erziehung und ihre ideologische Einstellung zur Organisation. Vieles hatte die Verbandszahlstelle seit ihrer Gründung erreicht. Tarife für die Papier-, die Ziegel- und andere Industrien waren geschaffen. Die Arbeitsbedingungen waren schon stark beeinflusst. In enger Verbindung mit den schon gut organisierten Kollegen der Ammendorfer Chemie-bude wurde manche Verbesserung durchgesetzt. In einer Reihe von Arbeitskämpfen, die durchgeführt werden mußte, hatte sich die Organisation Erfahrungen angeeignet, die ihr heute noch zugute kommen. 1916 wurden dann die Leunawerke errichtet, was naturgemäß einen ungeheuren Zugang von Arbeitern brachte. Jedoch war während der Kriegsjahre wenig zu erreichen. In den Jahren 1918 und 1919 strömten große Massen zur Organisation. Das waren die Jahre der Mitgliederzunahme, und jedem Einsichtigen war klar, daß Teile dieser Masse wieder zurückgehen würden. Viele kamen nur vom Strome mitgerissen, gedrängt durch die Verhältnisse und die Situation, nicht durch eigenes Wollen oder aus Überzeugung, nicht um zu kämpfen, zu opfern und mitzukämpfen. Es kam aber schlimmer, als man es dachte: die radikale Linkströmung besonders in Mitteldeutschland - der Putsch 1921 - führte vollkommen zum Zusammenbruch, auch der Verbandszahlstelle, die in jahrelanger, opferreicher und mühevoller Arbeit geschaffen war. Und wieder mußte neu aufgebaut werden. Schon vor dem Kriege war eine angelegentlich Geschäftsführer auf, nach dem Kriege ist sie zur Notwendigkeit geworden. Damals, vor dreißig Jahren, war der Fabrikarbeiter, der Hilfsarbeiter und die Arbeiterin viel mehr noch als heute der besonderen Willkür der Unternehmer ausgesetzt. Der kurze geschichtliche Rückblick der Verbandszahlstelle an ihrem dreißigjährigen Jubiläumstage zeigt uns aber, daß auch diese Arbeitergeschichte es trotzdem verstanden haben, sich gegen diese Willkür zu schützen. Durch das mutige Wollen von damals wurde der Verband geschaffen, wurde die Kraft erzeugt, die Stück um Stück die Willkür der Unternehmer einschränkte und dem Arbeiter Rechte gab. Mögen die Jungen von heute das mutige Wollen von den Alten übernehmen in der Abzergung, alles für und alles durch die Organisation. - Einer der Alten, ein Jubilär, ergriff hierauf das Wort. Er dankte im Auftrage der Jubilare der Mitgliedschaft, die durch den starken Besuch ein so großes Interesse für den heutigen Ehrentag bewiesen habe. Er gedachte dann noch der verstorbenen alten Kampfkameraden, zu deren Ehren sich alle Teilnehmer von den Sätzen erhoben. In bewegten Worten dankte er dann noch dem Hauptort und der Ortsverwaltung, die keine Mühe gescheut haben, um diesen Ehrentag würdig zu begehen. Es folgten dann noch einige Requisitionen von der sozialistischen Jugend, die befreit war, ihr Bestes zu geben. Der zweite Teil des schönen Programms war von einer jungen proletarischen Theatergruppe übernommen. In Satire, ernsten und heiteren Vorträgen und in einem kleinen Puppenspiel wurde die kapitalistische Welt glorifiziert. Reicher Beifall belohnte diese jungen Kollegen für ihre wirkungsvollen Darbietungen. Ganz zuletzt wurde das Tanz-bein geschwungen, wobei auch unsere Alten regen Anteil nahmen. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg und ein gewaltiger Auftrieb für die Organisation. Die Verwaltung möge daraus erkennen, daß sie auf dem richtigen Wege ist. Auch das gesellige Leben verlangt ab und zu sein Recht und ist in der proletarischen Bewegung ein nicht zu unterschätzender Faktor.

**Neumannster.** Nach 30 Jahren. Am Sonnabend, dem 25. Januar, hatten sich die Mitglieder der Ortsgruppe Neumannster mit ihren Familienangehörigen recht zahlreich im festlich geschmückten Saale der Reichshalle versammelt, um das 30-jährige Bestehen der Zahlstelle, verbunden mit einer Ehrung der Mitglieder, die 25 Jahre Mitglied des Verbandes sind, zu begehen. An der Ehrenfeier nahmen die fünf Jubilare mit ihren Ehefrauen Platz. Das Fest wurde eingeleitet durch zwei Musikstücke. Dann sprach ein junger Genosse aus der sozialistischen Arbeiterjugend einen der Bedeutung des Festes angepassten Prolog. In seiner Begrüßungsansprache hieß kollege Vorstand den Vertreter des Hauptverbandes, Kollegen Richard Parsch (Hannover), den Kollegen Kunz (Kiel) als Vertreter der Bezirkszahlstelle Kiel, den Kollegen Heinrich Sievers, Mitbegründer der Zahlstelle Neumannster, den Gen. Hennig als Vertreter des Ortsausschusses Neumannster der DGB, und insbesondere die fünf Jubilare mit ihren Ehefrauen auf das herzlichste willkommen. Kollege Vorstand wies darauf hin, daß schon vor der Gründung der jetzigen Zahlstelle die ungelerten Arbeiter in Neumannster sich zu einem Verbände zusammengeschlossen hatten und diesen auf eine Mitgliederzahl von circa 100 brachten, jedoch habe diese Gründung den damaligen Verhältnissen nicht standhalten können. Die Gründung der jetzigen Ortsgruppe Neumannster erfolgte am 27. Januar 1900. Seit dieser Zeit ist unter steter Leitung des Kollegen Sievers bis in die letzte Zeit hinein die Zahlstelle Neumannster zu einem immer mehr wachsenden Faktor im Wirtschaftlichen für die ungelerten Arbeiter in Neumannster geworden. Im Laufe der 30 Jahre mußten manche Schwierigkeiten überwunden werden, aber der Wille und der Opfermut der Mitglieder haben diese Schwierigkeiten überwunden und mancher Erfolg konnte für die Mitgliedschaft errungen werden. Heute sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder fast überall verbessert. Das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist erobert worden. An diesen Erfolgen haben insbesondere die Jubilare während ihrer langjährigen Mitgliedschaft mitgearbeitet, und daher gebührt ihnen unser Dank. Es sei daher Pflicht aller Mitglieder, an dem geschäftlichen Werk weiterzuarbeiten und es noch besser als bisher anzubahnen im Interesse der Mitglieder und der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung. Der Gewerkschaftsführer brachte dann einige Kampfbilder zu Gehör, die mit Beifall belohnt wurden. Als Festredner und als Vertreter des Hauptverbandes war der Kollege Richard Parsch (Hannover) erschienen. Er übermittelte zunächst den Jubilaren für ihre langjährige Verbandszugehörigkeit und Treue zur Organisation die Glückwünsche des Hauptverbandes. Redner hob insbesondere die hohe kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiterklasse hervor und appellierte an die Jugend, das geschaffene Werk der Alten weiter anzubahnen, um den Kampf des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, „Proletarier aller Länder vereinigt euch“, in allerhöchster Zeit zur Wirklichkeit werden zu lassen. Es erfolgte dann die Überreichung der geschmackvoll ausgestatteten vom Hauptverband gestifteten Diplome an die Jubilare. Einzig und Freund sprachte aus den Reihen der Jubilare für diese Ehre. Die Ortsgruppe Neumannster hatte ihren Mitbegründer, den Kollegen Sievers, eine besondere Ehreung durch Überreichung eines Reliefs als einer Würdigung zuteil werden lassen. Dem Reliefs die Aufschrift der

Plattdeutschen Poesie mit Gesang „Schön ist die Jugend“ von J. Borchert, gespielt von der proletarischen Bühne. Zum Schluß sang der Gewerkschaftsführer noch drei Volkslieder. Hierauf folgte der Ball, der die Festteilnehmer noch bis 3 Uhr nachts zusammenhielt.

**Nienburg (Weser).** Gustav Kühner †. Am Sonnabend, dem 25. Januar, abends gegen 10 Uhr, verunglückte der Geschäftsführer unserer Zahlstelle Nienburg, der Kollege Gustav Kühner, infolge eines Motorradunfalles tödlich. Ein mit hervorragenden Geistes- und Charaktereigenschaften ausgestatteter Mensch, ein hochgeschätzter Kollege, eine erstklassige zuverlässige Arbeitskraft, ein guter Gatte und Vater ist mit ihm, kaum vierzigjährig, dahingegangen. Kühner wurde 1889 in Westpreußen geboren, als Sohn eines Schuhmachermeisters. Er besuchte, wie alle Proletarierkinder, die Volksschule und folgte nach der Schulenklausur bei seinem Vater das Schuhmacherhandwerk erlernen, fand aber daran keine Freude. Er wurde Hülfsjunge, ging dann auf Wanderschaft, wurde Knecht, Hausburche, Bergmann und dann Fabrikarbeiter. In Wehrstedt b. Hildesheim gründete er sich eine neue Heimat. Hier kam er auch zum erstenmal mit der Arbeiterbewegung in Berührung. Die Arbeiterbewegung wurde für ihn Lebensinhalt. Wir sahen ihn in den Reihen der kämpfenden Arbeiter an erster Stelle stehen. Kollege Kühner war Teilnehmer an unserem ersten Schulungskursus im Februar 1925. Hierbei fiel er bereits durch seine geistige Beweglichkeit und gute Logik auf. Der Verband schickte ihn dann zur Teilnahme an einem Lehrgang an der Arbeiterakademie nach Frankfurt am Main. Die erworbenen Kenntnisse für den Verband, für die Mitgliedschaft auszuwerten, war er einer der Fähigsten. Am 1. Januar 1927 wählte ihn die Kollegenschaft der Zahlstelle Nienburg zum Geschäftsführer. Mit Gustav Kühner ist einer unserer besten Kollegen dahingegangen. Sein plötzlicher Tod hat in unseren Reihen eine große Lücke gerissen. In den wenigen Jahren seines Schaffens in Nienburg hatte er sich durch die umsichtige Verwaltung und Leitung der Zahlstelle bei allen Kollegen und in der Arbeiterbewegung Nienburgs und Umgebung große Achtung und Anerkennung verschafft. Wir ehren sein Andenken, indem wir ihn nie vergessen werden!

W. Scheinhardt.

**Stolberg (Rhld.).** Der Kollege Heinrich Weidendich hat in der Zeit vom 8. bis 15. Januar dem Verband 65 (fünfundsechzig) neue Mitglieder zugeführt. Das dürfte eine Rekordleistung sein. Eine Anzahl Funktionäre hat die Absicht, diesen Rekord zu brechen. Viel Glück!

**Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.**

Invalidenversicherung und Witwenrente. (Gesetz vom 12. Juli 1929.)

Im „Proletarier“ 1929 Nr. 44 brachten wir einen Hinweis auf die Rechtslage, wie sie sich auf Grund der Spruchpraxis der Landesversicherungsanstalten zum Gesetze über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929 gemäß § 3 des Gesetzes für solche Witwen ergibt, deren verstorbene Männer am 1. Januar 1912 bereits gestorben oder an diesem Tage im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes dauernd erwerbsunfähig waren und dann gestorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wiedererlangt zu haben.

Die Landesversicherungsanstalten haben nun bei allen denjenigen Witwen die Fürsorgepflicht nach dem Gesetz vom 12. Juli 1929 verneint, die sich nach dem Tode ihrer versicherten Männer gemäß § 31 des Gesetzes betreffend Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juli 1889 oder § 44 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1889 die Hälfte der Beiträge, die ihre Männer eingezahlt hatten, zurückerhalten ließen.

Dieser ungerechten Rechtslage hat nun der neunnte Revisionsrat des Reichsversicherungsamtes in seiner Sitzung vom 20. Januar 1930 ein Ende gemacht, indem er den Grund-satz ausgesprochen hat, daß auch die Hinterbliebenen, die seinerzeit die Hälfte der Beiträge ihrer gestorbenen Männer zurückerhielten, den Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge (Witwen- und Waisenrente) nach Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 1929 haben.

Es ist daher empfehlenswert, daß diejenigen Witwen, deren Ansprüche von den Landesversicherungsanstalten abgelehnt worden sind, Revision einlegen.

J. Milewczek.

**Genossenschaftsbewegung.**

Der Versicherungsbestand der Volksfürsorge.

Die Volksfürsorge, Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeiterschaft, zählte Ende des Jahres 1929 einen Bestand von rund 125.000 Volks- und Lebensversicherungen mit etwa 786 Millionen Mark Versicherungssumme. Der Zahl der Versicherungen nach steht sie an der Spitze sämtlicher deutscher Lebensversicherungsgesellschaften; hinsichtlich der Gesamtversicherungssumme dürfte sie voransichtlich an dritter Stelle stehen.

**Gewerkschaftliche Nachrichten.**

Die russischen Faschisten in Deutschland.

Die übergroße Majorität des russischen Volkes lenkt unter der Kinnke des bolschewistischen Faschismus. Unkultur regiert bzw. drangaliert. Jede Freiheit ist erstickt. Der Fünfjahresplan ist die Galgenfrist zur Befestigung der erregten Gemüter. Wenn die fünf Jahre herum sind, und Not und Elend sind verumflücht noch größer als heute schon, dann wird die Situation für die Leitenden ungemächlich. Deshalb soll vorher die Weltrevolution „gemacht“ werden. Die Arbeiterchaft Deutschlands soll vom Wege der Entwicklung abgedrängt und zu faschistischen Karreieren verführt werden unter allerlei Versprechungen, die aber von der KPD nicht wahrgemacht werden können. Demonstration, Hungermarsch, Protest, Streik, Plünderungen, Versammlungsprengungen, Überfälle auf Klassenossen und was sonst noch an Flegelei auszuüben ist, das sollen die Mittel sein, um zum herrlichen deutschen Sowjetstaat zu kommen, wo der rohe kommunistische Dummkopfs herrscht.

Diesen Wahnwitz anzugehen ist die deutsche Arbeiterschaft nicht gewillt. Deshalb sollen die KPD-Faschisten, Flugblätter

auf Flugblatt, Rundschreiben auf Rundschreiben geben hinaus, aber der Erfolg will sich nicht einstellen.

Im Rundschreiben der KPD-Zentrale, Nr. 1 vom 25. Januar 1930 heißt es:

„Sofort ganze Partei scharfer auf groß-jäger und politische Führung der Wahlen zu den Betriebsräten einstellen!“

Dann wird die Organisation von Streikämpfen unter Mitwirkung der Erwerbslosen und Aufstellung von tausend Forderungen verlangt. Es wird gefordert, daß die Organisation der Kämpfe im Betriebe und auf den Arbeitsnachweismärkten angeleitet sei. Man kann daraus entnehmen, daß diese Verrücktheiten den Funktionären zu dümm werden. Gefordert wird auch die Presse, daß sie nicht genügend polemische Artikel (sprich Heftartikel) bringe gegen freie und christliche Gewerkschaften. „Es sind“, heißt es weiter, „Kolonnen mit Transparenten vor den Betrieben bei Arbeitschluß usw. zu organisieren, die Zahl der Betriebszeitungen (der Schmuckhübel) und des sonstigen Materials wesentlich zu erhöhen.“

Wie aus dem oder für das Tollhaus geschrieben wirkt auf den Leser die Epistel, „daß durch eine Unachtsamkeit bei der Vielfältigkeit der Richtlinien zur Betriebsrätewahl Formulierungen übernommen wurden, die der taktischen Linie in der Partei direkt widersprechen.“

Die hier erwähnten Formulierungen stammen aus dem Bericht über den ersten Reichskongress 1922. Das heißt also, die KPD-Zentrale findet sich infolge ihrer Raserei im eigenen Wust von Parolen nicht mehr zurecht. Wie sollen da erst die kleinen Radaubruder klug werden?

Zum Schluß wollen wir bemerken: Kommunistische Kandidatenlisten zu den Betriebsrätewahlen gelten nicht für vernünftige Gewerkschaftsmittelglieder. Diese kommen nur in Betracht für Unorganisierte, Gelbe und Nationalsozialisten. Wer von unseren Mitgliedern seine Stimme für eine kommunistische Liste abgibt, ist ein Feind seiner gewerkschaftlichen Organisation, denn Hauptziel der KPD ist Zerstückelung der freien Gewerkschaften. Das kann ein vernünftiger Mensch unmöglich unterstehen.

**Rundschau.**

Zwei Schandflecke.

Das politische Rowdntum in Deutschland hat einen erschreckenden Umfang angenommen. Aber das Wachstum des Radauradikalismus unterrichtet eine kleine Statistik der preußischen Polizei. Das Eingreifen der Polizei war nötig in 579 Versammlungen im Jahre 1929 gegen 318 Versammlungen im Jahre 1928. Planmäßige Versammlungsprengungen fanden statt

	1929	1928
durch Kommunisten	422	131
durch Hakenkreuzler	113	60

Die Verluste der Polizei durch das politische Rowdntum betragen: vier Tote, 311 Verwundete.

Zur weiteren Bekämpfung der Rowdypartien hat der Reichsinnenminister dem Reichsrat einen Gesetzesentwurf zugeleitet, der das Tragen von Hieb- und Schusswaffen unter Strafe stellt.

**Verbandsnachrichten.**

Die Abrechnung für das 4. Quartal haben eingelangt:

- Gau 1: Fallersleben, Hameln, Minden, Hildesheim, Rinteln.
- Gau 2: Burgdorf.
- Gau 3: Spenberg.
- Gau 4: Dramburg, Kolberg, Stargard, Treptow/R.
- Gau 5: Danzig.
- Gau 6: Glogau, Rauscha.
- Gau 7: Markranstädt.
- Gau 8: Schleifingerneandorf.
- Gau 9: Schönowald, Wiesau, Konstein, Forchheim.
- Gau 10: Straubing.
- Gau 11: Ultrad, Karlsruhe, Schweningen.
- Gau 13: Fulda, Höhr, Kassel, Mainz.
- Gau 14: Neuwied, Stolberg.
- Gau 15: Papenburg.
- Gau 19: Pann, Essen, Schermbach.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 3d unseres Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Fürstenberg: Willi Mansfeldt; Willi Piefack, Willi Schulz; Willi Waldt, Buch-Nr. S II 745 802; Rauscha (O.-L.): Albert Smanek, Buch-Nr. 800 600; Arwid Domke, Buch-Nr. 804 246. - Auf Grund des § 14 Ziffer 3d das bisherige Mitglied der Zahlstelle Winsten a. d. Luhe: Karl Kriegelstein, Buch-Nr. 930 569. - Gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Bitterfeld: Erich Zander, Buch-Nr. 930 864; Karl Kabelich, Buch-Nr. 930 905; Otto Schreiber, Buch-Nr. S II 767 712; Gärlich: Erwin Wihmann, Buch-Nr. 898 984; Gräfenzoda: Paul Seyfarth, Buch-Nr. 832 371; Franz Polasky, Buch-Nr. 869 427; Jhehoe: Karl Kaiser, Lägerdorf, Buch-Nr. S II 743 117; Parchim: August Jase, Buch-Nr. 976 177; Gustav Haase, Buch-Nr. S II 681 250.

**Die Bezirkszahlstelle Nienburg (Weser)**

sucht zum sofortigen Antritt einen

**tüchtigen Geschäftsführer.**

Nur eine erste Kraft kann Berücksichtigung finden. Die Bewerber müssen neben der handschriftlichen Bewerbung einreichen eine Abhandlung über

1. ihren Lebenslauf;
2. eine Niederschrift über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung;
3. einen Aufsatz über das Thema: „Welche Aufgaben hat der Geschäftsführer einer Zahlstelle?“

Bedingungen für die Anstellung sind außerdem: rednerische Befähigung und die Kenntnisse des Arbeits- und Tarifrechts, ebenso eine sechsjährige Zugehörigkeit zu unserem Verband.

Die Anstellung erfolgt nach dem vom Verbandstag beschlossenen Bedingungen.

Die Bewerbungsschreiben sind bis zum 10. Februar d. J. mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu senden an

W. Scheinhardt, Hannover, Nikolafstr. 4-11.

## Chemische Industrie

### Vierteljahrsbericht der J.-G. Farbenindustrie.

Die J.-G. Farbenindustrie gibt einen Bericht über das vierte Quartal des Jahres 1929 an die Öffentlichkeit, der in einem umgekehrten Verhältnis zur Größe dieses Industrieunternehmens steht.

Der Bericht läßt an Knappheit nichts zu wünschen übrig, er ist, obwohl man bei der J.-G. Farbenindustrie eine allzu große Offenherzigkeit nicht gewohnt ist, die Spitzleistung dessen, was uns bisher vor Augen kam. Wir lassen ihn deshalb nachstehend im Wortlaut folgen:

„Im letzten Viertel des Geschäftsjahres der J.-G. Farbenindustrie AG. sind wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorquartal nicht zu verzeichnen. Das gilt insbesondere für Farbstoffe und Färberei-Nilzprodukte, in denen das Inlandgeschäft in den letzten Monaten leicht gesteigert und der Auslandsabsatz im ganzen gut ist. Chemikalien liegen gegenüber den ersten drei Vierteljahren auf ungefähr gleichem Preisniveau fast unverändert. Ende des Jahres führten die Verhandlungen mit der Ruhrindustrie in Stichstoff zu einer Verständigung in den grundsätzlichen Fragen. Der Absatz verlief normal. Die aus dem bekannten Abkommen mit der Standard Oil Company of New Jersey sich ergebenden Schritte zur weiteren Anwendung des Hydrierverfahrens sind von der Standard Oil J.-G. Company in die Wege geleitet. Pharmazeutische Produkte hatten ungeachtet der auch hier bemerkbaren allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber dem Vorjahre gesteigerten Absatz. Die Spezialprodukte Sera und Pflanzenschutzmittel befriedigten. Photographische Artikel und Kinofilme sind etwas zurückgegangen. Kunstseide ist voll beschäftigt bei unbefriedigenden Preisen. Nitro-Faser ist in erfreulichem Aufsteigen, desgleichen das Riechstoffgeschäft. Trotz der gespannten Wirtschaftslage kann der Geschäftsgang als befriedigend bezeichnet werden.“

Die ganze Vorsicht der J.-G. Farbenindustrie, ja nicht zu viel verlaufen zu lassen, kommt in Redewendungen wie: leicht gesteigert, im ganzen gut, fast unverändert, normal, etwas zurückgegangen usw. zum Ausdruck.

Als Hauptereignis ist die Feststellung zu verzeichnen, daß der Geschäftsgang der J.-G. Farbenindustrie im allgemeinen befriedigend ist, d. h. daß es dem Unternehmen zur Zeit bedeutend besser geht, als die Maßnahmen der Arbeiterentlassungen in der letzten Zeit glauben machten. Auf Grund dieses Geschäftsberichtes muß erneut die Frage aufgeworfen werden, ob Arbeiterentlassungen in diesem Umfang bei der J.-G. Farbenindustrie unbedingt notwendig waren und ob nicht doch auf Grund eines finanzdiktatorischen Reorganisationsplanes vom grünen Tisch mehr Entlassungen als nötig vorgenommen wurden.

„Im allgemeinen befriedigend“ heißt in der Sprache der Industriellen „es geht uns ziemlich gut“, wir haben jedoch keinen Grund, dies der Öffentlichkeit gegenüber einzugestehen. Einzig steht fest: wenn für die J.-G. Farbenindustrie das verfloßene Vierteljahr im allgemeinen befriedigend war, so geht es dafür vielen Tausenden von Arbeitern, die zu diesem Geschäftsergebnis beigetragen haben, und die heute der Arbeitslosigkeit verfallen sind, hundsmiserabel.

K. Segerer.

### Tödliche Benzolvergiftung in einer Gummiabrik.

Der „Gummi-Zeitung“ vom 24. Januar d. J. entnehmen wir die Mitteilung, daß in einer Wiener Gummiwarenfabrik in der letzten Zeit mehrere Arbeiterinnen unter eigentümlichen Erscheinungen erkrankt sind. Eine Arbeiterin begab sich wegen Winterkrankung in das Krankenhaus, wo sie nach kurzer Zeit starb. Nach dem ärztlichen Befund handelt es sich um eine Benzolvergiftung mit Todesfolge. Auch andere Frauen und Mädchen der Fabrik haben an Blutungen der Schleimhäute gelitten, und es wird vermutet, daß diese Blutungen Folgen von Benzolvergiftungen sind. Durch Verfügung ist die Arbeit in den Abteilungen, wo die Arbeiterinnen dem Einatmen der Benzoldämpfe ausgesetzt sind, so lange einzustellen, bis das Ergebnis des Befundes der Obduktion der Leiche vorliegt.

Wir haben in deutschen Gummiabriken auch schon wiederholt schwere Erkrankungen durch Benzol festgestellt. In Einzelfällen kam es zu Massenerkrankungen. Anlässlich dieser Massenerkrankungen wurde von den Betriebsleitungen mit Nachdruck betont — wobei sie von Ärzten in ihrer Ansicht unterstützt wurden —, daß die Massenerkrankungen vorwiegend auf „Suggestion“ zurückzuführen seien. Nachdem aber infolge Einatmens von Benzoldämpfen ein Todesfall festgestellt ist, möchten wir die Suggestion nicht dafür verantwortlich gemacht wissen, denn durch bloße Einbildung wird die Arbeiterin nicht gefordert sein. Der Schutz gegen Benzoldämpfe reicht unserer Auffassung nach in der Gummiindustrie noch nicht aus.

G. Haupt.

### Explosion in einem Äthylenerwerk.

In der Sächsischen Äthylen-AG. in Dresden ereignete sich am 13. Januar ein Explosionsunglück, bei dem ein 25jähriger Arbeiter zu Tode kam und zwei andere verletzt wurden.

Die Explosion erfolgte während der Füllung einer Stahlflasche mit dem porösen Körper zur Aufnahme des Äthens. Die Flaschen werden bekanntlich mit einer porösen Masse gefüllt, die dann mit Äthylengas, das anders nicht transportiert werden kann, aufzunehmen. Vor dem Füllen werden die Flaschen mit Dampf ausgeblasen. Trotzdem müssen sich in der Flasche noch Gasreste befinden haben, die sich dann durch eine Funkenbildung bei der Arbeit entzünden und zur Explosion führen.

Die Abfüllung komprimierter Gase soll nach Angabe der Unternehmer nicht gefährlicher sein als andere Fabrikarbeit auch. Sie wehren sich mit Nachdruck gegen besondere Schutzmaßnahmen. Trotzdem steht fest, daß im Dezember 1927 in derselben Fabrik ein Schlosser bei einer Explosion zu Tode kam. Auch das große Explosionsunglück in Worsowatze ist noch in aller Erinnerung. Wir müssen deshalb auch in diesem

Falle wieder die Forderung nach mehr Arbeiterschutz und Überwachung der Vorschriften in den Fabriken komprimierter Gase wie in der gesamten chemischen Industrie erheben. Die Opfer der Arbeit sprechen eine so berebere Sprache, daß endlich umfassender Arbeiterschutz in diesen Betrieben angeordnet und durchgeführt werden muß.

G. Haupt.

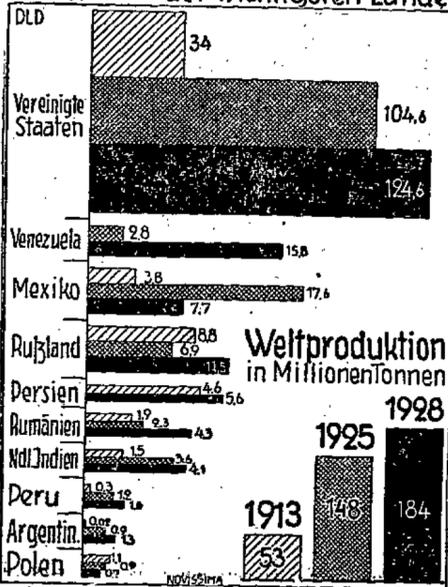
### Der Froschmäusekrieg um den Gummischuh.

Deshalb bin ich den Mäusen erzürnt. Doch ebensovienig mag ich den Fröschen helfen; sie sind nicht besser als jene.

An den obengenannten Froschmäusekrieg des griechischen Dichters Homer, in dem er die Frösche und Mäuse einen grimmigen Kampf nach menschlichem Vorbild führen läßt, mußten wir denken, als wir in der „Gummi-Zeitung“ Nr. 17 den Artikel „Gegen die Zunahme des Gummischuhverbrauchs“ lasen.

Die Göttin Mode, das Adoptivkind gerissener Kapitalisten, die die Damenwelt in den Absatz ihrer Industrieerzeugnisse geschickt einspannt, hat vor längerer Zeit einen neuen Modestückel geschaffen, der unter dem weiblichen Geschlecht einen sehr großen Anklang fand. Es handelt sich um den Gummischuh und den Gummiiüberziehschuh, der von den einfachsten bis zu den phantastischsten Formen auf dem Markte erscheint.

### Die Erdölproduktion der wichtigsten Länder



### Die Erdölproduktion.

Das Erdöl, das man vor 30 Jahren außer zu Leuchtzwecken wenig zu verwenden wußte, ist heute ein sehr begehrter Artikel. Seit 1913 hat sich so die Weltproduktion bald vervierfacht, das gilt, voll genommen, nur für die Produktion Amerikas, in Rumänien hat sie sich verdoppelt; in den anderen Ländern nur gering vermehrt. Aber allein die Vereinigten Staaten erzeugen heute zwei Drittel der Weltproduktion, was aber kaum ausreicht, den Eigenbedarf des Autolandes der Welt zu decken. Eigenartig ist das Sinken der Erdölproduktion in Mexiko, was wohl auf den vielbesprochenen „Delirium“ zurückzuführen ist.

Seitdem haben sich unsere Großstädte teilweise scheinbar in weibliche Kosakenbataillone verwandelt. Doch des Lebens ungetrübte Freude wird keinem Sterblichen zuteil. Die Damenwelt hat nicht mit der Konkurrenz der Gummischuhfabriken gerechnet, nämlich den Lederschuhindustriellen.

Zur Wahrung der heiligsten Güter der letztgenannten Industrie hat diese eine Hauptauschussigung des Reichsverbandes der deutschen Schuhindustrie zu einer Tagung am 13. Januar d. J. zusammengerufen. Es waren versammelt zahlreiche Vertreter des Vorstandes, die Vorsitzenden, die Geschäftsführer der Zweigvereine unter dem Vorsitz von Kommerzienrat Kopp aus Pirmasens, und man unterhielt sich über die starke Zunahme des Verbrauchs von Gummischuhen.

Die Schuhindustriellen waren angesichts der herrschenden Modelaune aufs tiefste betrübt. Nicht etwa, daß man denken sollte, sie hätten sich den Kopf über den durch den Gummischuh geschaffenen Verdienstausschlag für die Lederindustrie erzürnt, o nein, man war in ernster Sorge über die Auswirkung des Gummischuhes auf hygienischem und ästhetischem Gebiet. Unheimlich, wie die Industriellen nun einmal sind, beschlossen sie, durch alle beteiligten Fachkreise in aufklärender Weise gegen die Zunahme der Verwendung von Gummischuhen Stellung zu nehmen.

Hieraus ergibt sich, wie die „Gummi-Zeitung“ bemerkt, die Tatsache, daß in den Kreisen der deutschen Schuhindustrie gegen Gummischuhe und Gummiiüberziehschuhe eine starke Abneigung besteht, die wohl darauf zurückzuführen ist, daß der Schuhindustrie durch den Verkauf halbfabrer Gummii- und Gummiiüberziehschuhe starke Verdiensterluste entstehen.

Damit dürfte der wahre Kern der Offensive der Lederschuhindustriellen getroffen sein. Wie hieß es doch so schön: Hygiene und Ästhetik. Zwei wirklich schöne Worte. Aber man muß auch hier sagen, die Vörschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ach nein, die Dinge liegen doch anders. Man gönnte der Gummiindustrie den Vorteil aus der augenblicklich herrschenden Mode nicht und versucht ihr den gegenwärtigen Verdienst mit allen Mitteln zu unterbinden.

Die Gummiindustrie bleibt die Antwort nicht schuldig; auch sie zog vom Leder und erwidert ihren Kollegen vom Leder ziemlich deutlich. Sie fordert die Lederschuhindustriellen auf, die gefährliche Antipathie gegen den Gummischuh einzustellen und mit dem voreiligen Urteil gegen die Gummischuhe, namentlich sowie die hygienische und ästhetische Seite in Betracht kommt, zurückzuhalten. Sie ist der Meinung, daß sich über den Geschmack streiten läßt. Keine Auffassung, der auch wir uns anschließen. Ob es ästhetisch anzusehen ist, wenn

Beine wie Kochlöffel in Mustöpfen stecken oder andere wie Überfüße wirken, darf nur die Trägerinnen solcher Schuhe angehen, denn letzten Endes haben sie zu entscheiden, in welcher Aufmachung sie sich der Außenwelt präsentieren wollen. In bezug auf die hygienische Seite nimmt die Gummiindustrie den Kampf ebenfalls auf, indem sie behauptet, daß gerade der Gummischuh dazu diene, Risse und Feuchtigkeit vom Lederschuh und vom Fuß fernzubehalten und damit der Gesundheit zu nützen. Ja, die Gummiindustrie ist der Auffassung, daß, solange es der Schuhindustrie nicht gelingt, wirklich wasserdichtes Schuhwerk herzustellen, man dem Gummischuh sein Daseinsrecht nicht absprechen kann.

Es ist zur Zeit noch nicht abzusehen, zu welcher ungeheuren Verwicklungen es in diesem Kampf zwischen Gummischuh und Lederschuh kommen wird. Wie wäre es mit einem frischen fröhlichen Kampf unter der Devise: „Nie Lederschuh — nie Gummischuh“, an dem man die vor allen Dingen interessierte Damenwelt beteiligen würde. Wir glauben, wenn man den Einfluß der Mode, der zur Zeit in höchster Blüte steht, in Rechnung setzt, daß der Gummischuh genügend Verteidigerinnen finden würde, um den zu seinen Sieg davonzutragen. Selbstverständlich mit weitestgehender Unterstützung der Gummiindustrie, die sich mit Händen und Füßen wehren würde, sich die glänzenden Verdienste aus dem Absatz von Gummischuhen entgehen zu lassen. Wir haben nichts dagegen, wenn man gegenseitig um den Verdienst und Profit kämpft, amüsam im höchsten Grade aber ist es, wenn zu diesem Zwecke große Worte wie Hygiene und Ästhetik in den Dienst eines wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes gestellt werden.

K. Segerer.

### Werksespionage in der Farbenindustrie.

Über einen Fall von Werksespionage berichtet die „Farbenzeitung“ Nr. 17 d. J. Am 5. Dezember 1929 wurde vor dem erweckten Schöffengericht in Köln ein Fall von Werksespionage verhandelt. Ein polnischer Ingenieur war im Auftrag einer chemischen Fabrik in Warschau nach Deutschland gekommen, um Betriebsgeheimnisse zu erforschen. Zu diesem Zweck machte er sich im Sommer v. J. an einen stellunglosen Meister heran und suchte diesen für die polnische Firma zu gewinnen. Er erklärte, daß er einen Ultramarinfachmann für helle Farben suche, die von der Fabrik in Warschau nicht hergestellt werden konnten. Der Meister wies dieses Ansinnen jedoch ab und verwies den polnischen Ingenieur an einen ihm bekannten Farbenmeister, den er jedoch vorher warnte.

Der Ingenieur versuchte nun, den Meister vom Verrat des Betriebsverfahrens zur Herstellung von hellem Ultramarinblau zu verlocken. Als der Meister darauf hinwies, daß der Verrat von Betriebsgeheimnissen strafbar sei, erklärte ihm der Ingenieur, daß ihm dies bekannt sei und daß man aus diesem Grunde um so vorsichtiger sein müsse. Der Meister verzögerte die Verhandlungen und setzte seine Firma in Kenntnis, worauf es gelang, den Polen bei einer nochmaligen Zusammenkunft zu verhaften.

In der Gerichtsverhandlung wies der Staatsanwalt darauf hin, daß die Warschauer Fabrik bereits seit dem Jahre 1924 Spionage betreibt, um die Einzelheiten der Herstellung deutscher Ultramarinfarben zu erfahren. Lediglich dem Widerstand der Arbeiter sei es zu verdanken, daß diese Spionage vereitelt worden sei.

Das Gericht verurteilte den angeklagten Ingenieur, der gleichzeitig der Schwiegerjohn des Chefs der Warschauer Fabrik ist, zu acht Monaten Gefängnis, 5000 Mk. Geldstrafe und 10 000 Mk. Buße an die Firma, die als Nebenkläger auftrat.

Es ist bekannt, daß die Fälle von Werksespionage in Deutschland nicht selten sind. In vielen Fällen ist es Ausländern gelungen, Betriebsgeheimnisse zu erfahren. In den von Zeit zu Zeit erfolgten Verurteilungen ist zu ersehen, daß die Gerichte in den ermittelten Fällen sehr scharfe Urteile gefällt haben. Viele Strafen treffen nicht nur die Ausländer, sondern auch deutsche Arbeiter, wenn sie an dem Verrat von Betriebsgeheimnissen mitgewirkt haben. Es kann vor solchen Elementen nicht genug gewarnt werden, die vielfach die Ungeheuerlichkeit und Unwissenheit von Arbeitern für ihre Zwecke geschickt ausnützen.

K. Segerer.

### Fabrikunternehmen zur Herstellung von künstlichen Edelsteinen.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ berichtet unterm 28. d. M. folgendes:

„Die Rubin AG. in Locarno (Aktienkapital 250 000 Frank) und die Zeppelin-Wasserstoff- und Sauerstoffwerke AG. in Staaken bei Berlin beabsichtigen, in Verbindung mit dem bei der Chemischen Fabrik Bockau AG. Ummendorf anfallenden Wasserstoffgas die Herstellung von künstlichen Edelsteinen aufzunehmen. Das neue Unternehmen, das unter der Firma Rubin G. m. b. H. mit einem Kapital von 20 000 Mk. arbeitet, von dem ein Fünftel auf die Zeppelin AG. entfällt, hat die Vorarbeiten bereits so weit gefördert, daß mit der Betriebsaufnahme in kürzester Zeit gerechnet werden kann.“

K. S.

### Ein Syndikat für Kaliumerzeugnisse.

In der Nr. 3 des „Proletariats“ haben wir in dem Artikel „Die Kaliindustrie im Jahre 1929“ u. a. darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen über den Neuabschluss des Vertrages zum Steinsalzsyndikat infolge erhöhter Quotenansprüche des Salzdeffurth-Konzerns gescheitert sind. Nachdem der Reichswirtschaftsminister den Plan einer Zwangsindizierung evtl. durch eine ergänzende Verordnung zum Kaliwirtschaftsgesetz in Erwägung gezogen hatte, wurde durch Vermittlung von Generaldirektor Diehn vom Deutschen Kaliyndikat der wirtschaftliche Frieden in der Steinsalzindustrie wieder hergestellt. Die Quote der Salzdeffurth-Gruppe ist um 4 Prozent erhöht. Der Wintershall-Konzern hat im Austausch gegen eine größere Beteiligung am Bittersalzgeschäft 2 Prozent seiner Steinsalzquote dem Salzdeffurth-Konzern überlassen. Der Syndikatsvertrag ist auf fünf Jahre abgeschlossen.

Die Überlassung der größeren Beteiligung am Bittersalzgeschäft von Salzdeffurth an Wintershall dürfte wohl der Anlaß gewesen sein, die bestehende Bittersalzkonvention in ein Syndikat mit fünfjähriger Vertragsdauer umzuwandeln. Ebenso wurden die laufenden Verträge des Brom- und Chlormagnesiumsyndikats bis um Ablauf des Jahres 1935 verlängert. Die drei genannten Syndikate sind in einer Dachgesellschaft unter dem Namen „Interessengemeinschaft der Deutschen Kaliindustrie, G. m. b. H.“ zusammengefaßt. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 300 000 Mk. Im Aufsichtsrat sind alle interessierten Konzerne, also Wintershall, Borsdorf, die Salzdeffurth-Gruppe, die Kali Chemie AG., die Preussag, die Solvay-Gruppe und Generaldirektor Diehn vom

Deutsches Kalisyndikat vertreten. Die Geschäftsführung besteht ebenfalls aus Personen der genannten Kalikonzerne, so daß eine unmittelbare Verbindung mit dem deutschen Kalisyndikat gegeben ist.

Der „Werkshandel der Kalikonzerne“ ist ebenfalls in die Gesamtorganisation einbezogen. Diese Verbindung ist hergestellt, um eine Verbilligung der Absatzorganisation der gesamten Kalisindustrie zu erreichen.

Vor kurzer Zeit hatte es noch den Anschein, daß ein Syndikat für Kalinebenprodukte überhaupt nicht zustande kommen würde. Die Gegenseite innerhalb der einzelnen Konzerne schien unüberbrückbar. Die Verständigung zwischen Wintershall und Salzdetfurth in bezug auf den Austausch von Steinsalz und Bittersalz dürfte der mittelbare Anlaß zu dieser Verständigung gewesen sein. Den unmittelbaren Einfluß zur Bildung des Steinsalzsyndikats dagegen dürfte der Reichswirtschaftsminister mit seinen „Erwägungen“ gegeben haben. Diese Einmischung war den Konzernen wohl nicht besonders erwünscht. Deswegen ist es überraschend schnell zu einer Bildung des Syndikats diesmal mit fünfjähriger Dauer gekommen.

Mit der Gründung des „Steinsalzsyndikats“ der „Interessengemeinschaft“ und der Angliederung des „Werkshandels der Kalikonzerne“ an die Interessengemeinschaft besteht zwischen dem Aufsichtsrat des Kalisyndikats und den anderen beiden Körperschaften eine gewisse Personalunion. Die Kalisindustrie hat damit die Kali- und Steinsalzproduktion sowie die Gewinnung der Nebenprodukte bzw. deren Verkauf einer einheitlichen Leitung unterstellt. Weiterverarbeitung von Chlorkalium und Müschdüngerfabrikation sind hiervon ausgenommen. Ob diese Neugründungen später weitere Folgen nach sich ziehen werden, erscheint nicht ausgeschlossen. wh.

### Papier-Industrie

#### 10 Jahre kollektive Arbeitsverträge in der Papierindustrie

II.

##### Der Gesamtarbeitsvertrag für die deutsche Papiererzeugungsindustrie

wurde im Laufe seines zehnjährigen Bestehens mehrmals geändert, und kleine Verbesserungen, wie Gewährung von anteiligem Urlaub und Entschädigung bei nicht selbstverschuldeten Betriebsunfällen, wurden hineingetragen.

Durch Schiedsspruch der Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums vom 5. März 1924 wurde je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes und nach Prüfung der Verhältnisse durch ein Sonderarbeitsamt das Zweischichtensystem und die über acht Stunden hinausgehende Verlängerung der Arbeitszeit für Tagelöhner-Arbeitnehmer ausgesprochen. Bis zur Erneuerung des jetzt geltenden Gesamtarbeitsvertrages vom 12. Juli 1927 wurde das Zweischichtensystem in circa 10 Prozent der bestehenden Betriebe eingeführt. Durch den Tarifvertrag vom 12. Juli 1927 wurde auch dieser Mißstand beseitigt, so daß seit dem 1. Januar 1928 für alle Betriebe das Dreischichtensystem tariflich wieder vorgeschrieben ist und auch sonst tarifliche Beschränkungen in der Ausführung von Mehrarbeitsstunden aufgelegt wurden.

##### Der Reichstarifvertrag für die Tapetenindustrie

wurde während seines zehnjährigen Bestehens gleichfalls mehrmals geändert und wieder erneuert, ohne wesentliche Verbesserungen erreichen zu können. Der Tarifvertrag ist allgemeinverbindlich erklärt und gilt auch heute noch für das ganze deutsche Reichsgebiet, doch haben sich auch hier schon mehrmals Tarifsonderbündeleiten bemerkbar gemacht. Wir erinnern nur an Hildesheim. Auch heute noch sind die Zuschläge für Überstunden für das ganze Reich nicht einheitlich geregelt.

##### Reichs-Lohnstarifvertrag für die Tapetenindustrie

Schlimmer sind die Zustände auf dem Gebiete des Reichs-Lohnstarifvertrages. Die Unternehmer sind in zwei sich gegenseitig bekämpfenden Unternehmerverbänden organisiert, und ungefähr 1/2 der Unternehmer sehen als lachende Dritte, da sie gar keinem Unternehmerverband angehören, dieser Bekämpfung zu. Die Folge davon ist, daß sich im Unternehmerlager, besonders unter der Führung des Tapetenfabrikanten Rasch (Braunschweig), eine starke Strömung gegen den Reichs-Lohnstarifvertrag geltend macht. Schuld daran tragen in erster Linie die während der Inflationszeit von den rheinischen Tapetenindustriellen begangenen und von vielen Tapetenarbeitern begünstigten Tarifsonderbündeleiten, die darin bestanden, daß fast nach jeder Reichs-Lohnstarifverhandlung im Rheinland neue Tarifverhandlungen mit dem Ziel auf höhere Löhne stattfanden. Bei der damaligen Geldentwertung, wo der Standardlohn kaum einige Geldpfennig betrug, war dieses Entgegenkommen der rheinischen Tapetenfabrikanten keine besondere Größe. Heute hat sich das Maß gewandelt, und mancher der rheinischen Tapetenarbeiter wäre froh, wenn seine Entlohnung heute nach dem Reichslohnstarif erfolgte. Diese Zustände haben auch das Reichsarbeitsministerium seit Jahren veranlaßt, die Provinzen Hannover und Rheinland sowie den Freistaat Baden aus der Allgemeinverbindlichkeit herauszunehmen. Diese Herausnahme wird wesentlich unterstützt durch die Gutachten der in Frage kommenden Regierungspräsidenten und der in ihrem Auftrage die Verhandlungen eingehenden Gewerkschaftsbeamten. Verständnis für zentrale Lohnpolitik ist also auch bei den Behördenvertretern nur aus ihrer schwachen Seite.

##### Der Reichstarifvertrag für die Bunt- und Chromopapierindustrie

der in seinem Vorstadium dem Gesamtarbeitsvertrag für die Papiererzeugungsindustrie fast vollständig gleich stand, lief zum 31. Dezember 1923 ab und konnte seit dieser Zeit noch nicht wieder erneuert werden. Dieser war es nur möglich, für den Freistaat Bayern einen Landesstarifvertrag, allerdings mit kleineren Verbesserungen, abzuschließen. Für das übrige Reichsgebiet bestehen für die einzelnen Firmen Fabrikstarife, die in ihrem Aufbau beruhen auf der sozialen Verantwortung der Arbeitgeber.

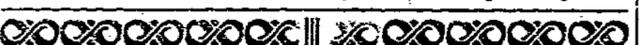
##### Der Reichslohnstarif für die Bunt- und Chromopapierindustrie

der bei der Schaffung im Juli 1919 fünf Ortslohnklassen vorsah, hatte bei seinem endgültigen Ablauf am 31. Dezember 1923 nur noch drei Ortslohnklassen, also eine wesentliche Verbesserung auf dem Gebiete der Lohnvereinheitlichung. Auch dieser Tarifvertrag konnte nicht mehr erneuert werden. Heute besteht noch eine Landeslohnregelung für Bayern; für die übrigen Betriebe im Reich geschieht die Lohnregelung gleichfalls durch Fabrikverträge.

Besonders die Entwicklung der Tarifverträge in der Bunt- und Chromopapierindustrie liefert den besten Beweis dafür, daß es viel leichter ist, bestehende Reichstarife zu zerlegen, als solche neu aufzubauen. Der Widerstand gegen die Erneuerung der Reichstarife nach Beendigung der Inflation kam im Unternehmerlager in erster Linie aus den Reihen der sächsischen Bunt- und Chromopapierfabrikanten. Es ist deshalb wohl kein Zufall, daß ein starker Widerstand gegen die Reichstarifverträge in dieser Industrie zur damaligen Zeit gleichfalls von einem Teil unserer sächsischen Kollegen kam, besonders aber von jenen, die sich politisch und geistig mit dem ehemaligen Geschäftsführer der Zahlstelle Chemnitz, dem damaligen Kommunisten Hans Schönherr, verbunden und verschworen hatten. Schönherr hat sich mittlerweile zum Unternehmer oder, um in seinem damaligen Sprachgebrauch zu reden, zum kapitalistischen Ausbeuter durchgemauert. Die Arbeiterschaft der sächsischen Bunt- und Chromopapierindustrie wäre aber heute zweifellos froh, wenn die Reichstarifverträge in dieser Industrie noch existierten.

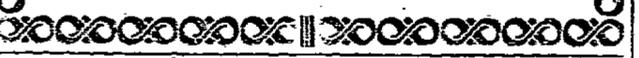
##### Der Reichstarifvertrag für die Papierhüllenindustrie

wurde vom Verband Deutscher Papierhüllenfabriken am 29. September 1923 zum 31. Dezember 1923 gekündigt und



### Gehörst du zu denen, die - - -

Einen fälligen Anteil an öffentlichen Dingen nehmen, ist in der Neuzeit das erste, was den Geist zu großen Interessen und tiefen Betrachtungen erhebt; der erste Schritt aus den engen Banden der individuellen und der Familienselbstsicht; der erste Ausblick aus dem mageren Kreise der fäglichen Beschäftigungen. Der Mensch, der in irgendwelchem freien Lande kein Interesse an der Politik nimmt - es sei denn, daß man ihn erziehungsmäßig dazu angehalten, es nicht zu tun -, muß zu unwissend, zu dumm oder zu selbstfüchtig sein, um ein Interesse daran nehmen zu können. Und wir mögen als gewiß betrachten, daß er sich ebensowenig um irgendein anderes bekümmert, welches nicht unmittelbar ihn oder seine persönlichen Verbindungen betrifft. Wer immer fähig ist, ein Gemeingefühl für seine Mitmenschen oder sein Vaterland oder seine Stadt zu hegen, der hat ein Interesse an der Politik, und ein Interesse daran zu haben, und nicht zu wünschen, daß man seine Stimme geltend mache, ist eine Unmöglichkeit.



konnte ebenso wie die damals bestehenden Bezirks-Lohnstarifverträge trotz der verschiedenen von uns unternommenen Versuche nicht mehr erneuert werden. Heute dürfte eine Erneuerung überhaupt nicht mehr möglich sein, da der Verband Deutscher Papierhüllenfabriken mittlerweile der Auflösung verfallen ist. Der Widerstand gegen den Reichstarifvertrag und die Bezirkslohnstarife kam in dieser Industrie ausschließlich von der Unternehmenseite, die für ihre Betriebe nur die bestehenden Lohnstarifverträge der Textilindustrie anerkennen wollte. Wenn ihr dies auch nicht gelungen ist, so darf doch nicht verhehelt werden, daß die Tarifregelung für die heute bestehenden Einzelstarife - nur im Freistaat Sachsen besteht ein Landesstarif - von der Lohnentwicklung der Textilindustrie ganz wesentlich beeinflusst wird. Auch unsere Bemühungen, einen sächsischen Tarifvertrag zustande zu bringen, waren bisher nicht von Erfolg gekrönt, trotzdem die größte deutsche Papierhüllenfabrik, die Firma Emil Adolff AG. in Reuslingen, sich in Interessengemeinschaft mit der zweitgrößten Firma Ragenbas u. Ko. in Augsburg befindet.

##### Der Reichstarifvertrag für die Wellpappenindustrie

wurde mehrmals, zum letzten Male vom 1. Juni 1929 an, erneuert. Wesentliche Verbesserungen konnten auch in diesem Vertrag seit seinem Bestehen nicht mehr durchgeführt werden. Da der Tarifvertrag für das ganze Reich allgemeinverbindlich erklärt ist und sämtliche Firmen des Arbeitgeberverbandes ihn anerkennen, war es auch ohne weiteren Kampf möglich, den Hauptzweigen Überstundenzuschlag im neuen Vertrag wieder einzuführen.

##### Der Reichs-Lohnstarifvertrag in der Wellpappenindustrie

konnte bisher voll anrecht erhalten werden; er wird von sämtlichen Firmen anerkannt und ist für allgemeinverbindlich erklärt.

##### Schlusfolgerungen

Die tarifliche Entwicklung der letzten 10 Jahre seit der Revolution stellt nicht nur in der deutschen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen, sondern auch in der Papierindustrie im besonderen ein Stück Geschichte neuerer Tarifentwicklung dar. Vor und während der Kriegszeit war es sowohl in der Papiererzeugungsindustrie wie auch in der von uns organisierten verarbeitenden Papiererzeugungsindustrie nur in einzelnen Betrieben möglich, Tarifverträge abzuschließen. In der überwiegenden Mehrzahl der Betriebe wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einseitig diktatorisch vom Unternehmer festgelegt. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen stellt die Entwicklung des Tarifwesens in den letzten 10 Jahren einen

hat ihr nicht nur Forderungen und sonstige soziale Verbesserungen, nicht nur geregelte Tariflöhne, sondern auch ein Mitbestimmungsrecht an der Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ausgeführt durch den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, gebracht. Von diesem Gesichtspunkt die tarifliche Entwicklung betrachtet, bedeutet sie eine kulturelle Last. Trotz aller Zerstörungserfahrungen der kommunistischen Partei dürfte es heute kaum noch einen ruhig und sachlich denkenden Gewerkschafter geben, der die Vorteile des heutigen Tarifsystems nicht anerkennt und den tariflosen Zustand der Vorkriegszeit wieder herbeiwünscht. Dabei kann ruhig zum Ausdruck gebracht werden, daß weder die tarifliche Entwicklung der Löhne noch die in den letzten 10 Jahren eingetretene Stabilität in der vertraglichen Festsetzung der übrigen Arbeitsbedingungen den Verband und die Kollegenschaft vollständig befriedigt.

Es ist deshalb selbstverständlich, daß aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft der Drang nach Verbesserung der tariflichen Regelungen nicht zum Stillstand kommt. Diese Tatsache ist sogar erfreulich, beweist sie doch, daß das Gewerkschaftsleben in den Kreisen unserer Kolleginnen und Kollegen lebhaft pulsiert.

Mittlerweile hat sich aber im Unternehmerlager, und dies gilt besonders für die Papierverarbeitungsindustrie, immer mehr der Drang nach Zerstörung der bestehenden Tarife und Tarifsysteme geltend gemacht. Die Gründung des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für die Papierverarbeitung unter Aufsicht der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände ist der beste Beweis dafür.

Die organisierte Papierarbeiterschaft wird deshalb in der kommenden Zeit nicht nur die bestehenden Tarifverträge zu verteidigen, sondern sich auch deren Verbesserung schwerer als bisher zu erkämpfen haben. Die Verbesserung der Tarifverträge hängt aber nicht nur ab von der Lage der deutschen Wirtschaft im allgemeinen, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beschäftigungsmöglichkeit der einzelnen Industriezweige im besonderen, sondern vor allem auch von der Schlagkraft der gewerkschaftlichen Organisationen, die wiederum abhängt von der Zahl und Treue ihrer Mitglieder und von dem gewerkschaftlichen Kampfbündnis.

Es gilt deshalb, die heute noch unorganisierten Arbeitnehmer in den für uns organisatorisch zuständigen Zweigen der Papierindustrie unserem Verbande zuzuführen, diese zu neuen Kämpfern heranzuziehen und dadurch die gesamte Kampfesfront zu stärken. In diesem Sinne soll und muß auch in dem begonnenen zweiten Jahrzehnt der neueren Tarifentwicklung von unseren Verbandsfunktionären und von jedem einzelnen Verbandsmitglied unverdrossen weitergearbeitet werden. Geschleht dieses, dann braucht der deutschen Papierarbeiterschaft weder um das Bestehen der vorhandenen Tarifverträge noch um deren Ausbau bange zu sein.

G. Stähler.

#### Niederschrift

über die Sitzung des Tarifamtes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 22. Januar 1930 in Dresden.

- Anwesend sind:
1. als Arbeitgeberbeisitzer die Herren: Alexander, Kluge, Dr. Leopold;
2. als Arbeitnehmerbeisitzer die Herren: Eins, Rucker, Raab.
Vorsth. turnusgemäß: Herr Rucker;
Schriftf. turnusgemäß: Herr Dr. Leopold.

Antrag der Bezirksleitungen Hagen und Hamm der Fabrikarbeiterverbände betr. Eingruppierung von Arbeitern in den Gruppenlohnvertrag.

Für die Parteien erscheint niemand.
Das Tarifamt beschließt, gemäß § 5 Abs. 3 letzter Satz der Geschäftsordnung auf Grund der schriftlichen Unterlagen zu entscheiden.

Es wird folgender Spruch verkündet:
„Die Zuständigkeit der tariflichen Schiedsstellen wird verneint.“

#### Begründung

Die Antragsteller haben beantragt:
„Das Tarifamt wolle entscheiden
1. Ein Reservemashinenführer, der selbständig die Papiermaschine führt und als Mashinenführer anzusprechen ist, ist nicht Gruppe I unseres Bezirkslohnvertrages zu entlohnen.
2. Arbeiter, die eine nach dem Tarifvertrag in den einzelnen Gruppen vorgesehene Arbeit verrichten, sind auch nach dieser Einordnung zu entlohnen.“

Wenn das Tarifamt diesen abstrakten Klagebegehren stattgeben würde, könnte es nur Selbstverständlichkeiten aussprechen. Wenn das ein Reservemashinenführer, der „als Mashinenführer anzusprechen ist“, wodurch ihm eben der Charakter als „Reservemashinenführer“ verloren geht, den Mashinenführerlohn zu bekommen hat, ist ebenso selbstverständlich, wie der Arbeiter einer bestimmten Lohngruppe den für diese Lohngruppe vorgesehenen Lohn zu beanspruchen hat.

Mit einer Entscheidung im Sinne des Klageantrages wäre aber den Antragstellern auch praktisch gar nicht geholfen. Wie einem Teil der Mitglieder des Tarifamtes anderweitig bekannt geworden ist, dreht sich der Streitfall darum, daß bei einer bestimmten Firma über die Eingruppierung bestimmter Arbeiter Meinungsverschiedenheiten bestehen. Es handelt sich also mit anderen Worten um die Anwendung geltenden Rechts, nämlich der einschlägigen Bestimmungen des Gruppenlohnvertrages für Wellpappen auf ganz konkrete Tatbestände. Das sind aber ihrer Art nach Einzelfälle, für die die tarifliche Schiedsgerichtsbarkeit gemäß § 16 Abs. 2 GAB. nur dann gegeben ist, wenn sie von einem der Verbände als grundsätzlicher Natur bezeichnet werden. Das ist aber ausweislich der Akten von keiner Seite geschehen. Mitbin sind gemäß § 16 a. a. O. die Arbeitsgerichtsbehörden zur Entscheidung der Streitfälle zuständig.

- Alexander. H. Rucker.
Ruch. Kluge. B. Eins.
Dr. Leopold. S. Raab.

II.

Antrag der Gewerkschaft Dresden des Fabrikarbeiterverbandes betr. Lohnzahlung an die Schwerbeschädigten Tauscher und Grimm bei der Firma E. F. Leonhardt, Croßen (Mulde).

Für die Antragstellerin erscheint Herr Krone, für die Antragsgegnerin die Herren Kaiser und Dr. Mehlhorn.
Die Parteien sind mit der Belegung des Tarifamtes 3:3 entparrt.

Es wird zur Sache verhandelt.
Das Tarifamt fällt folgenden Spruch:

Der Lohn für die Schwerbeschädigten Tauscher und Grimm wird vom 22. November 1929 an auf 85 Prozent des Tariflohnes der Gruppe 2 festgesetzt und stellt sich demnach unter Abrechnung nach oben zur Zeit auf 70 Pf. pro Stunde.

Dem Grunde nach besteht unter den Parteien kein Streit darüber, daß bei beiden Klägern eine gewisse Minderleistung...

ergibt. Nur über den Grad derselben geben die Meinungen auseinander. Während die Firma die Leistung bisher auf 80 Prozent der Vollarbeiterleistung bemerke und demgemäß zirka 80 Prozent des Vollarbeiterlohnes auszahlte, sind die Kläger der Auffassung, daß sie 90 Prozent leisten und dementsprechend 90 Prozent des Vollarbeiterlohnes beanspruchen können.

Die auf Veranlassung des bezirklichen Schiedsaussschusses durch zwei Beisitzer desselben stattgehabte britische Prüfung hat ein klares Bild über den Grad der Leistungsfähigkeit nicht ergeben. Unter Würdigung des hierbei zusammengetragenen Materials und des Vortrages der Parteien hält jedoch das Tarifamt eine Leistungsfähigkeit von 85 Prozent für gegeben, und zwar bei beiden Klägern, wobei es davon ausgeht, daß dieselben auch bisher annähernd in gleicher Höhe entlohnt worden sind. Demgemäß war der Lohn auf 85 Prozent des Vollarbeiterlohnes festzusetzen.

- A. Alexander. S. Rücker.
- R. Kluge. S. Lins.
- Dr. Leopold. S. Raab.

III.

Antrag der Gewerkschaft Dresden des Fabrikarbeiterverbandes betr. Prämienzahlung bei der Fa. Kottewitzer Papier- und Kartonfabrik G.m.b.H.

Für die Antragstellerin erscheinen die Herren Nickel und Fehrmann, für die Antragsgegnerin die Herren Dr. Mehlhorn und Herlich.

Die Parteien sind mit der Besetzung des Tarifamts 3:3 einverstanden.

Es wird zur Sache verhandelt.  
Die Antragstellerin hat beantragt, folgendes zu entscheiden:  
„Die Firma ist verpflichtet, vom 1. Juli 1929 an die Prämien zu den bis dahin gültigen Sätzen auszuzahlen und über die Gewährung neuer Prämien mit der Betriebsvertretung auf Grund der Zulage in der Sitzung vom 2. Mai 1929 zu verhandeln, um neue Prämien festzulegen.“

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch:  
„Der Antrag wird zurückgewiesen.“

Gründe.

Es ist unter den Parteien unstreitig, daß die Kündigung des Prämienabkommens zum 30. Juni 1929 ordnungsmäßig ausgesprochen worden ist. Hiermit ist das Prämienabkommen mit diesem Tage außer Kraft getreten (§ 12 Abs. 2 letzter Satz GVL). Der Antrag, auch nach dem 1. Juli 1929 noch auf Grund des gekündigten Abkommens Prämien zur Auszahlung zu bringen, entbehrt hiernach der Begründung.

Die weiter gestellte Forderung, die Firma zu verpflichten, gemäß der am 2. Mai 1929 gegebenen Zulage über ein neues Prämienabkommen zu verhandeln, ist ebenfalls nicht begründet. Die Firma hat unstreitig nach diesem Tage mehrfach Verhandlungen über den etwaigen Abschluß eines neuen Prämienabkommens gepflogen, dieselben haben aber zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die Firma hat aber damit ihre Zulage formell erfüllt. Darüber hinaus wäre das Tarifamt nicht befugt, eine Prämienordnung mit bestimmtem Inhalt durch Schiedspruch festzulegen.

- Dr. Leopold. S. Rücker.
- A. Alexander. S. Lins.
- R. Kluge. S. Raab.

IV.

Antrag der Gewerkschaft Dresden des Fabrikarbeiterverbandes betr. Zahlung des Mehrarbeitszuschlags bei Kurzarbeit seitens der Fa. Vereinigte Holzstoff- und Papierfabriken Niederschlesien.

Für die Antragstellerin erscheint Herr Bischoff, für die Antragsgegnerin Herr Dr. Mehlhorn.

Die Parteien sind mit der Besetzung des Tarifamts 3:3 einverstanden.

Es wird zur Sache verhandelt.  
Das Tarifamt kam wegen Stimmengleichheit zu keinem Spruch.

- Dr. Leopold. S. Rücker.
- A. Alexander. S. Lins.
- R. Kluge. S. Raab.

Nahrungsmittel-Industrie

Leidet die Zuckerindustrie Not?

Die deutsche Zuckerindustrie klagt bei jeder Gelegenheit, daß es ihr nicht möglich sei, den Landwirten einen auskömmlichen Rübenpreis zu zahlen. Ja, uns ist von Zuckerindustriellen schon gesagt worden, daß Landwirte bereit wären, ihre Aktien oder Genossenschaftsanteile, die sie an Zuckerfabriken haben, ohne Rückvergütung abzutreten, wenn sie nur die Verpflichtung, weiter Rüben anzubauen, los würden. In einer Zeit, in der es um die Zuckerindustrie und um die rübenbauende Landwirtschaft nun angeblich so schlecht bestellt ist, verhandelt man in Rheinland über den Bau einer neuen großen Zuckerfabrik, die 2,5 Millionen Zentner Rüben in der Kampagne verarbeiten soll. Man will diese Fabrik in der bestimmten Erwartung bauen, daß man diese Rübenmenge in jeder Kampagne zur Verfügung hat.

Über diesen Plan ist in der rheinischen Presse lebhaft diskutiert worden. Dabei erfährt man allerlei Dinge, die unsere bisher vertretene Auffassung bestätigen, die aber von den Zuckerfabrikanten immer bestritten wurde. Die neue Fabrik soll in Linnich, 10 Kilometer von Jülich, erbaut werden. Jülich hat eine Zuckerfabrik. Wenn nun die Lage der Zuckerfabriken und der Rüben bauenden Landwirtschaft so schlecht wäre, wie sie immer geschildert wird, dann müßten doch die Landwirte in der Nähe von Jülich die Nase vom Rübenbau voll haben. Das scheint aber nach dem neuen Projekt doch nicht so zu sein, denn die neue Zuckerfabrik hat genügend Interessenten gefunden, um die Produktion in oben genannter Höhe auf Jahre hinaus sicherzustellen.

Nach dem vorliegenden Projekt will die neue Fabrik den Landwirten so große Vorteile bieten, daß sie für ihre Rüben 50 Pf. pro Zentner mehr erhalten, als die anderen Fabriken zahlen. Das wäre allerdings ein Bombenerfolg und würde beweisen, daß in der Zuckerindustrie, wie sie heute arbeitet, große Fehler und Mängel bestehen. Wie sollen nun diese Mehreträge herausgewirtschaftet werden? Im „Jülicher Kreisblatt“ vom 25. Januar 1930 bringt ein Herr Dr. Suwert eine längere Abhandlung über dieses Projekt. Er beschäftigt sich in diesem Artikel mit Gegnern des Projektes, die gleichfalls Zeitungsnotizen im „Jülicher Kreisblatt“ und in anderen Zeitungen gebracht haben. Nach den Ausführungen des Herrn Dr. S. soll die Zuckerfabrik Linnich auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut werden. Die Fabrik soll mit den modernsten Maschinen und Apparaten ausgestattet werden, sie soll jedes Jahr die gleiche Rübenmenge verarbeiten und soll Weißzucker herstellen. In der Organisation auf dieser Grundlage werden große Vorteile erblickt.

Grundsatz bei der Fabrik soll sein, daß sie kein Einkommen hat. Sie will alle Einnahmen im Rübenfeld wieder zurückerstatten. Man ist der Auffassung, daß man daher keine Einkommensteuer zu zahlen braucht und hofft, dadurch hohe Ersparnisse machen zu können. Auf eine Dividende soll von vornherein verzichtet werden. In einem Beispiel wird

gezeigt, welche Auswirkung der Verzicht auf Dividendenzahlung haben soll. Es heißt dort:

„Die Auswirkungen des Verzichtes auf Dividendenzahlung zeigt folgendes Zahlenbeispiel, das wohl nicht zu weit von der praktischen Wirklichkeit abtrifft. Der Nettwert des Stammkapitals betrage 2.500.000 Mk. Der Betrieb verarbeite 2.000.000 Zentner Rüben. Endlich verteilte der Betrieb 16 Prozent Dividende = 400.000 Mk., verteilt auf 2.000.000 Zentner Rüben = 20 Pf. je Zentner.“

In diesem Beispiel wird gezeigt, wie der Landwirt die Gewinne im Rübenpreis gleich mit in die Tasche stecken kann, ohne Dividende zu erhalten. Weiter geht der Verfasser aber auch von dem Standpunkt aus, daß man in der Zuckerindustrie allgemein mit einer Dividende von 16 Prozent rechnen, denn er sagt ja ausdrücklich, er glaube, sein Beispiel weiche nicht allzuviel von der Wirklichkeit ab. Die Zuckerfabrikanten behaupten allerdings immer, sie verteilten überhaupt keine Gewinne. Das kann stimmen, namentlich dort, wo der Landwirt den Gewinn im Rübenpreis gleich mit erhält.

Weiter wird dann ausgeführt, daß die unvermeidlichen Zuckerverluste steigen oder fallen, je nachdem, wie der Betrieb ausgebaut ist. Betriebe, die 1880 erbaut seien, müßten mit einem Zuckerverlust von 1,75 Prozent rechnen. Die neuesten und modernsten Betriebe dagegen nur mit 0,4—0,6 Prozent. Auch diese Ausführungen dürften das richtige treffen. Da nun die Fabrik in Linnich mit den neuesten technischen Apparaten und Maschinen ausgebaut werden soll, rechnet man mit einer Mehrausgabe von 1 Prozent. Das macht auf 2,5 Millionen Zentner Rüben nach Dr. S. 25.000 Zentner Rohzucker und bringt pro Zentner Rüben 18 Pf.

Die Arbeiterschaft muß mitbestimmen und mitwirken.

Marx und Engels waren in Krisenzeiten hoffnungsfroh gestimmt, weil sie aus schweren Wirtschaftskrisen die Hoffnung auf einen baldigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems sahen. Heute dagegen stehen die Sozialisten aller Länder zu diesem Problem ganz anders. Die moderne Arbeiterbewegung ist im Gegenteil darauf eingestellt, Krisenerscheinungen vorzubeugen, Krisen zu bekämpfen oder mindestens zu mildern. . . .

Da die Arbeiterschaft weiß, daß Macht verpflichtet, sieht sie auch heute dem Konjunkturverlauf nicht mit verdrängten Armen zu, sondern greift selbst in die Entwicklung ein. Läßt sich auch das weitgesteckte Ziel allein durch die praktische Tagesarbeit noch nicht erreichen, so lassen die praktischen Interessen der Arbeiterschaft ein laienloses Beiseitegehen nicht zu. Sie ist ein für allemal aus der Zuschauerrolle herausgedrängt und hineingezwungen in konstruktive Aufgaben. . . .

Fritz Kapfahl (in einem Vortrage).

Ein weiterer Vorteil wird darin erblickt, daß der Firma ein ständiges Arbeiten und eine gleichlaufende Kampagne von 10 bis 11 Wochen gesichert sei.

Ein Betrieb, der 2,3 Millionen Zentner Rüben verarbeitet, arbeite wesentlich billiger als ein Betrieb mit 1,4 Millionen Zentner. Das mache ungefähr 14—17 Pf. pro Zentner Rüben aus. Endlich soll die Selbstherstellung von Weißzucker einen Vorteil von 4 bis 6 Pf. pro Zentner erbringen. Bislang wurde von den Weißzuckerfabriken immer bestritten, daß sie vorteilhafter arbeiten. Hier wird es durch einen Fachmann bestätigt. Dr. S. rekapituliert dann kurz wie folgt:

„Es ergibt sich für Linnich, daß die Mehrzahlung von 50 Pf. pro Zentner Rüben keine Utopie zu sein braucht, sondern begünstigt werden kann aus:	
Steuerfreiheit mit . . . . .	3—4 Pf.
Dividendenfremdheit mit . . . . .	20 „
technischer Vollkommenheit (Zuckermehrausbeute) mit hoher Rübenverarbeitung bzw. Senkung der Generalunkosten . . . . .	14—17 „
Weißzuckerherstellung mit . . . . .	4—6 „
Zusammen . . . . .	59—65 Pf.“

Die Anteile sollen nicht gleich voll eingezahlt, sondern von dem Rübenfeld in den kommenden Jahren auf je einen Zentner mit 20 Pf. einbehalten werden. Die Landwirte würden allerdings dann „nur“ 1,87 Mk. pro Zentner Rüben ausgezahlt erhalten, das sei aber immerhin noch bedeutend mehr, als die übrige Zuckerindustrie heute zahlt.

Diese Ausführungen zeigen, daß die heute arbeitenden Zuckerfabriken entweder vollständig verkehrt wirtschaften, also nicht alle Vorteile der Technik ausnützen und ihre Betriebe nicht auf der Höhe sind, oder es wird hier ein Projekt durchgeführt, das leichtfertig aufgestellt ist und unhaltbar sein wird. Das letztere ist aber kaum anzunehmen. Wiederholt wird in der Zeitung betont, daß hinter diesem Projekt Fachleute stehen, die etwas von der Zuckerindustrie kennen. In der gleichen Zeitung vom 21. Januar 1930 nimmt auch die „Landesproduktionswirtschaft“ Linnich zu diesem Projekt Stellung. In 14 Punkten wird dort auf die Ausführungen der Projektgegner eingegangen, und man kommt ebenfalls zu dem Schluß, das Projekt Linnich sei haltbar und biete große Vorteile.

Am Schlusse des angezogenen Artikels von Dr. S. werden dann noch einige Ausführungen über die Verarbeitungsunkosten gemacht, die gleichfalls sehr interessant sind. Man rechnet, daß zur Herstellung von einem Zentner Rohzucker sechs Zentner Rüben gebraucht werden. Wenn man einen Rübenpreis zugrunde lege, wie ihn andere Fachleute im Durchschnitt mit 1,37 Mk. schätzen, dann komme ein Rübenfeld von 8,25 Mk. heraus. Der Rohzuckerpreis beträgt 18 Mk. Setze man das Rübenfeld ab, so verbleiben 9,75 Mk. Diese 9,75 Mk. könnten, wenn nichts verlohnt werden soll, restlos an Unkosten draufgehen. Das mache 162,5 Pf. je Zentner Rüben. Ein Unkostenfuß von 80 bis 90 Pf. sei aber sicher ausreichend.

Die weiteren Schlussfolgerungen aus diesen Ausführungen, die nicht gezogen werden, wollen wir ziehen. Wenn im Höchstfall 90 Pf. zur Verarbeitung ausreichend sind, dann bleiben 72,5 Pf. Gewinn je Zentner Rüben. Diese auf 1,37 Mk. aufgerechnet, ergibt, wenn die Firma gewinnlos arbeiten will, je Zentner Rüben 209,5 Pf. 1,87 Mk. will die neue Fabrik zunächst auszahlen, 20 Pf. will sie als Genossenschaftsanteil zurückbehalten, das macht 2,07 Mk. Somit bleibt eine kleine Differenz.

Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob dieses neue Projekt in allen seinen Teilen restlos durchführbar ist. Da aber die Berechnungen von Fachleuten aufgestellt sind, und da sich genügend Interessenten für das neue Projekt gefunden haben, muß angenommen werden, daß die Zahlen, mit denen hier operiert wird, nicht aus der Luft gegriffen sind. Wenn dem aber so ist, dann stimmt die fortwährende Behauptung nicht, daß die Zuckerindustrie heute bei Ausnutzung aller technischen Hilfsmittel nur einen Rübenpreis von 1,46 bis 1,50 Mk. zahlen kann. Es gibt doch auch heute schon Betriebe, die die gleichen Rübenmengen verarbeiten, wie sie Linnich verarbeiten soll, und die technisch auch auf der Höhe sind. Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß es diesen Betrieben nicht schlecht geht. Abschlässe von Aktiengesellschaften haben das bestätigt. Warum soll auch eine Fabrik, die technisch gut ausgebaut ist nicht das gleiche leisten können wie eine neue, die man bauen will?

Bei der Auseinandersetzung in der Presse spielte auch die Frage der Arbeitszeit eine Rolle. Es wurde darüber geredet, ob in zwei oder drei Schichten gearbeitet werden soll, und es heißt dann schließlich, der aufgestellte Plan rechnet mit dem Zweischichtensystem. Bei den Löhnen macht das nichts aus, im Gegenteil! Im Zweischichtenbetrieb müssen noch Aufschläge gezahlt werden. Dennoch aber zieht die Zuckerindustrie das Zweischichtensystem vor. Den Gründern der Fabrik scheint unser Rahmenvertrag für die Zuckerindustrie nicht bekannt zu sein. Derselbe sieht den Achttundentag vor. Es kann nur davon abgesehen werden, wenn Arbeiter- oder Wohnungsmangel vorhanden ist. Hat man die Absicht, von vornherein so zu bauen, daß nicht genügend Wohnungen vorgesehen sind, dann müssen wir schon heute dagegen protestieren. Wohnungsmangel könnte bei einem neu errichteten Werk nicht als Grund für die Zweischichtenarbeit geltend gemacht werden. Arbeitermangel kommt aber auch in diesem Gebiete bei der großen Arbeitslosigkeit nicht in Frage. Den Gründern des Unternehmens muß also gesagt werden, daß sie mit dem Dreischichtensystem rechnen müssen. Da der Tarif allgemeinverbindlich ist, gilt er auch für die neue Fabrik.

Nun hat die Geschichte aber auch noch eine andere Seite. Es taucht die Frage auf: Ist es richtig, daß Millionen ausgegeben werden für die Gründung neuer Betriebe, während ständig Betriebe stillgelegt werden? Die deutsche Zuckerindustrie hat in den letzten Jahren Dutzende von Betrieben stillgelegt, im letzten Jahre allein 10. Die übrigen Betriebe haben nur eine Kampagnedauer, die zwei Monate nicht oft übersteigt. Je kürzer aber die Kampagne ist, desto weniger werden die Anlagen ausgenutzt. Die Frage ist, muß man in einem Industriezweig, der ständig über mangelnde Beschäftigung klagt, neue Betriebe errichten in einer Gegend, die am äußersten Rande des Rübenanbaugesbietes im Rheinland liegt, aber nur 10 Kilometer von der nächsten Zuckerfabrik entfernt ist? Würde der Betrieb weiß von anderen Zuckerfabriken abgelegen errichtet werden, dann können evtl. neue Gebiete dem Rübenanbau erschlossen werden. Das ist hier aber nicht der Fall.

Die ganze Industrie klagt über Kapitalmangel. Hier ist anscheinend kein Kapitalmangel vorhanden. Der neue Betrieb soll nach den verschiedensten Schätzungen 5—6 Millionen Mark kosten. Wäre es nicht richtiger, die bestehenden Betriebe auf die Höhe zu bringen, damit sie leistungsfähig sind, anstatt in neuen Betrieben erneut Kapital festzulegen? Um all diese Dinge scheint man sich aber bei Neugründungen nicht zu kümmern. Man baut neue Werke, und wenn nachher die Hoffnungen nicht ganz erfüllt werden, klagen auch die neuen Werke, daß es der Industrie schlecht geht. Das ist kapitalistische „Wirtschaft“.

Literarisches.

Fort mit Brille und Augenglas! Erprobte Wege zur Beseitigung des Gläsertragens und Förderung der Sehkraft. Allgemeinverständlich dargestellt von Dr. med. W. Luftig, Berlin. (Erschienen im Verlag Dr. Luftig, Berlin, Frankfurter Allee 18, 143 Seiten. Preis kartoniert 1,50 Mk.) Von ihren Gläsern befreit zu werden, ist der sehlichste Wunsch aller Brillenträger. Daß dieses Ziel erreichbar ist, wird in vorliegender Schrift auseinandergelegt. Es ist keine neue, unerprobte Methode, sondern der Verfasser schildert und erklärt in allgemeinverständlicher Weise dieses Heilverfahren des bekannten New Yorker Arztes Dr. Bates, das bereits seit mehr als 40 Jahren besteht und von mehr als hundert amerikanischen Ärzten angewendet wird. Es handelt sich um eine brillante, operationslose Methode, die Dr. Luftig weiter ausgebaut hat und zum ersten Male als deutscher Arzt der Allgemeinheit zur Kenntnis bringt. Durch ein Training der Augen, naturgemäße Sehtherapie und physikalische Therapie werden die Augen ihrer natürlichen Funktion wiedergegeben und befähigt, ohne Zuhilfenahme eines Glases zu sehen. Die Lektüre dieses bereits in 7. bis 12. Auflage erscheinenden Buches dürfte sich für jeden empfehlen, der ein Augenleiden hat, oder der das Tragen seiner Brille in Schule, Beruf und Sport besonders lästig empfindet.

Jugendweibe 1930. Das Arbeiter-Bildungsinstitut in Leipzig bringt in diesem Jahre eine Neuauflage des von Anna Siegfried zusammengestellten und von Max Schwimmer illustrierten Jugendweibebuches „Kämpfende Menschheit“. Durch das Buch glüht das Feuer sozialer Kämpfe, es soll unserer Jugend Vollen der unserer Arbeit sein. Der Buchhandelspreis ist auf 1 Mk. festgesetzt. Das inhaltlich vorzügliche, gut ausgestattete und billige Buchlein ist durch jede Buchhandlung und direkt durch das I.B.B. zu beziehen. (Arbeiter-Bildungsinstitut, Leipzig, Volkshaus, Zeißerstraße 32.)

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 1930, Heft 1. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk.

„Der Führer“. Monatschrift für Führer und Helfer der Arbeiterjugendbewegung. Preis: 25 Pf. Quartal 75 Pf. „Der Führer“ erscheint monatlich einmal und ist durch jede Postanstalt oder Buchhandlung zu beziehen.

Im Sein oder Nichtsein der Sinnanschule. Von C. Broglio. Heft 4 der Volkslehrer-Schriftenreihe. 32 Seiten, Preis 60 Pf. — Verlagsbuchhandlung Carl Zwing, Jena.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Der „Arbeitgeber“.

Novelle von Alfred Brie.

Heinz Plehner fuhr mit einem Ruck in die Höhe und blickte hochend um sich.  
Wenn man in einem Hausboot schläft, eine halbe Meile von jeder menschlichen Bewohnung entfernt, und nach Mitternacht plötzlich ein verdächtiges Geräusch auf Deck wahrnimmt, dann hat man alle Ursache, vorsichtig zu sein.  
Er erhob sich leise, tastete nach der elektrischen Taschenlampe und stieg unhörbar die Treppe hinauf.  
„Ist jemand hier?“  
Im selben Augenblick flammte das elektrische Licht auf, und Heinz Plehner lacht belustigt auf:  
„Was bedeutet denn das?“  
Vor ihm stand leichenblau und zitternd ein junges Mädchen, barfuß in einem kurzen Wastkleidchen, unfähig ein Wort zu sprechen.

Langsam ging er auf sie zu:  
„Ich hatte nicht die Absicht, Sie zu erschrecken, mein Fräulein, aber Sie werden zugeben müssen, daß es für einen Besuch eine ziemlich ungewöhnliche Stunde ist. Als ich vorhin Schritte hörte, glaube ich hier einen baumlangen Einbrecher und nicht eine zarte junge Dame zu finden. . . . Wollen Sie aber nicht Platz nehmen und mir sagen, was mir die Ehre verschafft?“  
Er sah, wie ihre Lippen zitterten, wie sie schluchzend auf einen Stuhl sank.

„Aber nein, nein, das dürfen Sie nicht. . . Ich kann keine Frau meinen sehen! Was auch geschehen sein mag, hier sind Sie völlig sicher!“  
„Er wird mir folgen“, schluchzte sie, „ich weiß, er wird es tun. . . Er sah, wie ich floh, aber ich nahm das einzige Boot, und deshalb konnte er mir nicht gleich folgen. . . Sie werden mich ihm nicht ausliefern.“

Sie klammerte sich in fiebernder Angst an seinen Arm. —  
„Nicht wahr. . . Sie werden es nicht tun?“  
„Nein, nein, mein Kind!“, beruhigte er sie, „ich werde es bestimmt nicht tun, Sie sind heute Nacht hier völlig sicher, und morgen früh werden Sie mir alles erzählen!“  
„Aber Sie kennen mich ja gar nicht. . . Sie halten mich vielleicht für . . .“

Seine Hand streichelte beruhigend die ihre.  
„Ich halte Sie für ein armes, kleines Mädchen, das sich jetzt mal nach unten begeben und zu schlafen versuchen soll, während ich mir meinen Liegestuhl hier oben aufstelle.“

Sie senkte den häßlichen blonden Bubikopf:  
„Wie gut Sie sind. . . Ich wollte, daß ich Ihnen vertrauen konnte. . . Ich sah Sie hier öfter, wenn Sie segelten.“  
„Dann ist es gut“, unterbrach er sie. „Ich gehe Sie aber folgen nach unten, denn ich habe Lust, hier oben eine Zigarette zu rauchen. . . hier ist der Kabinenschlüssel“, und mit sanfter Gewalt zog er sie die Treppe hinab und warf sie, bis sie die Tür hinter ihr geschlossen hatte, dann kehrte er an Deck zurück.

Eine Zigarette entzündend, blickte er forschend in die dunkle Nacht.  
„Nichts regte sich.“  
„Wer mochte das Mädchen sein, das jetzt in seiner Kabine weilt? Sie war hübsch, sehr hübsch sogar, aber das war doch noch kein Grund, daß er sich mit seinen 22 Jahren so impulsiv auf ein romantisches Abenteuer einließ.“

„Morgen, am hellen Tage, würde alles ganz anders aussehen, irgendein unbedeutender Streit mit den Eltern, dem Bräutigam — und er würde dann eine lächerliche Rolle spielen. Gähnend rückte er sich den Liegestuhl zurecht und schlief bald wieder fest und traumlos, eingekullt von den leise plätschernden Wellen.“

Seine Tritte weckten ihn in der Morgenstunde. Das junge Mädchen stand vor ihm, frisch ausgeruhet, ein leichtes Lächeln um den Mund, aber in ihren grauen, langbewimperten Augen lagerte noch die Angst.

„Ist niemand hier gewesen?“  
„Niemand! Und Sie werden jetzt in aller Ruhe mit mir frühstücken! Sie können von hier eine halbe Meile weit hinaussehen, und wenn ein Boot sichtbar wird, haben Sie noch genügend Zeit, sich zu verbergen.“

Ein leises Rot färbte ihr blaßes Gesichtchen, und ihm die Hand entgegenstreckend, sagte sie warm:  
„Sie können nicht ahnen, was Sie für mich getan haben, ich werde es Ihnen nie vergessen!“

Die trüben Augen, der Ton ihrer Stimme ließ ihn doch erkennen, daß hinter diesen Worten ein bedeutungsvoller Hintergrund stecken mußte, aber er wollte bei ihr keine trübe Stimmung aufkommen lassen.

„Jetzt wird gestrichelt und nachher können Sie mir alle Ihre Sorgen erzählen, nur eine Frage: war Ihre Flucht diese Nacht vielleicht ein unbedeutendes Handeln oder waren Sie wirklich in ernstlicher Gefahr?“

„Ich hätte es nicht überlebt“, sagte sie beherzigt, „wenn es mir nicht gelungen wäre, mich zu Ihnen zu retten, das dürfen Sie mir auf mein Wort glauben!“

„Armes Kind“, begütigte er, „ich glaube Ihnen alles, doch nun helfen Sie mir, unser Frühstück fertig zu machen.“  
Stideltlich umringelte er sie und zwang sie dann, einige Bissen zu essen und von dem starken Kaffee zu trinken, den er schnell und geschickt auf dem elektrischen Kocher bereitet hatte, dann endlich durfte sie erzählen.

„Ich heiße Marion Bergholz, bin 20 Jahre alt, und seit dem vor drei Jahren erfolgten Tod meiner Eltern gezwungen, auf eigenen Füßen zu stehen. Seit einem halben Jahr bin ich Sekretärin bei Direktor Werner.“

„Der Meister wohnt am Fluß ein Landhaus hat?“  
„Ja. . . kennen Sie ihn?“  
„Er lachte. „Ja, so vom Wegsehen, wie man immer sagt. . . ich hätte bisher nicht an Daniel Gales von ihm.“

„Ich möchte mich auf sein Jagerat, und da er mir ein gutes Gehalt bot, nahm ich die Stellung an. Aber schon nach kurzer Zeit gab es Unruhe. . .“

„Ich kann es mir denken“, erwiderte Heinz Plehner, „man kennt hier den Herrn Werner sehr gut.“

„Das junge Mädchen hob den Kopf und spähte über das Wasser. Seine Haltung veranlaßte ihn dann aber doch, jede private Annäherung zu vermeiden, und so lebte ich mich in meine Arbeit ein. . .“

„Vor einigen Tagen war Herr Werner über Wecken in sein Landhaus gefahren, und ich blieb im Büro zurück, um die laufenden Geschäfte zu erledigen. Da telefonierte er mich an, daß er mich dringend brauche, und weil ich dachte, daß noch andere Gäste im Landhaus waren, kam ich hierher. . .“

„Fingerte er sich mit der Post einen Wertbrief, und mir alle Konten des wachsenden Laubes zusammenzusehen, das er der Halle entnahm. . .“

„Was jemand anwesend, als Sie dies taten“, unterbrach Heinz Plehner ihre Erzählung.  
„Nein. Am nächsten Morgen arbeitete ich nichtssahnend in seinem Arbeitszimmer, als Herr Direktor Werner mit einigen seiner Freunde eintrat und das Cafe öffnete. . .“

„Natürlich hat er das Geld selbst zwischen Ihre Sachen gelegt“, sagte der junge Mann bestimmt.  
„Glauben Sie das wirklich?“  
„Ich bin fest davon überzeugt und könnte ohne weiteres Ihre Geschichte zu Ende erzählen.“

„Nein, nein, hören Sie weiter: Herr Werner sagte mir kurz, daß er später mit mir darüber sprechen wolle und verließ mit seinen Freunden das Zimmer. Ich wartete verzweifelt auf seine Rückkehr. . .“

„Gegen Abend kam er wieder und machte mir Vorschläge, wie ich die Sache am besten aus der Welt schaffen könne. Ich wies ihm die Tür, und höhnisch sagte er mir, daß er mir bis heute früh Zeit lasse, um mich zu entscheiden, da er sonst genötigt sei, bei der Polizei Anzeige zu erstatten. . .“

„Ich blieb verzweifelt zurück, und in meiner Angst wußte ich keinen anderen Ausweg, als bei beginnender Nacht aus dem Fenster zu klettern, ein Boot zu nehmen und hierher zu Ihnen zu flüchten. . .“ Sie hielt erschöpft inne.

Heinz Plehner sah sie einen Augenblick ernst, prüfend an, dann legte er beruhigend seine Hand auf die ihre.  
„Sie müssen es nicht so tragisch nehmen, Fräulein Bergholz, wir werden schon einen Ausweg finden!“

„Unmöglich!“, wehrte sie verzweifelt ab, „Sie wissen nicht, wessen dieser Mensch fähig ist, er wird die Polizei benachrichtigen, und was kann ich gegen die beiden Zeugen die er hat, tun?“

Er sah statt einer Antwort angestrengt auf das Wasser hinaus und sagte dann mit unsicherer Stimme: „Wenn mich meine Augen nicht trügen, nimmt dort ein Boot Kurs auf uns zu.“

Sie klammerte sich schreckensbleich an ihn. . . „Was soll ich tun? Wenn er mit der Polizei kommt, stürze ich mich ins Wasser.“

Er fasste sie bei den Schultern und zwang sie, zu ihm aufzusehen: „Haben Sie mir die reine Wahrheit gesagt, Marion?“  
„Beim Andenken meiner Eltern. . . die reine Wahrheit!“

„Dann ist es gut! Also wenn Herr Direktor Werner es wirklich wagen sollte, Sie bei mir zu suchen, dann werde ich mich mit ihm einmal unter vier Augen unterhalten. . . Gehen Sie jetzt in die Kabine, und was auch hier oben geschehen möge, Sie lassen sich nicht sehen!“

Zaghaft schritt das junge Mädchen die Treppe hinunter, und Heinz Plehner stellte sich sogleich an die Treppe, an der sie oben ein Boot hielt machte. Ein kräftig gewachsener, sonnengebräunter Mann von ungefähr 40 Jahren erstieg ihm und begab sich auf eine einladende Handbewegung Plehners an Deck.

„Herr Direktor Werner?“ begrüßte ihn dieser lächelnd, „ich erwarte Sie bereits.“ Und mit leiser Stimme fuhr er fort: „Sie wollen den kleinen Vogel wiederhaben, der Ihnen entflohen ist, nicht wahr?“

Der andere sah ihn mißtrauisch an. „Was hat sie Ihnen erzählt?“

Heinz Plehner lachte hell auf: „Was solche kleinen Mädchen immer erzählen. . . Ich habe nicht weiter darauf geachtet. Darf ich Ihnen einen Kognak anbieten?“

Beim dritten Glas Hennessy waren die Bedenken des Direktors Werner gegen den jungen Mann geschwunden, und beim vierten klappte er ihm freundschaftlich auf die Schulter.

„Ich denke natürlich nicht daran, sie der Polizei anzuzeigen, das war ein Wuff! Hatte sie große Angst?“

„Nicht zu knapp! Aber ich begriff sofort, wo Sie hinauswollten, und machte Ihnen das Spiel nicht verderben.“

„Sehr nett von Ihnen, junger Freund. Ich fürchte im Gegenteil, daß Sie mir Schwierigkeiten machen würden.“

„Weshalb? Im Krieg sind alle Mittel erlaubt, und daß Sie ihr selbst die Banknoten in den Koffer legen.“

Der Direktor lachte triumphierend und erhob sich:  
„Das habe ich kein gemacht, nicht? Kann man nun das gefangene Vögelchen einmal sehen?“

Auch Heinz Plehner hatte sich erhoben, und der andere stufte, als er einen Ausdruck unfähiger Verachtung in den Zügen des jungen Mannes anstehen sah, aber er kam nicht dazu, noch eine Frage zu stellen, denn ein wohlgezielter Vorstoß warf ihn zu Boden, und Heinz beugte sich zu ihm nieder.

„So, mein Herr Direktor Werner, das für den Anfang, und damit Sie wissen, daß ich absolut nicht zerschnitten bin.“

Und als der andere sich wutschnabend erheben wollte, brückte er ihn mit festem Griff wieder nieder.

„Sie werden auf der Stelle Fräulein Marion Bergholz ein fadelloses Zeugnis anstellen und einen Revers unterschreiben, in dem Sie alle Verdächtigungen zurücknehmen, andernfalls ich es heute noch publik mache, wie Herr Direktor Werner mit seinen Angestellten verfährt, um zum Ziele zu kommen.“

Er stellte Schreibzeug und Papier zurecht, und unter Verwünschungen erhob sich der Geflagene und schrieb wortlos das Gewünschene aus.

„Zehn Minuten später kletterte er wieder in sein Boot und fuhr davon, ohne noch einen Blick zurückzuwerfen.“

Der junge Mann sah ihm lächelnd nach, da hörte er eine leise, angstbelebende Stimme.

„Was ist geschehen? Ist er fort?“  
„Ja, und er wird nicht mehr wagen, Sie zu belästigen.“

„Sie sah ihn verständnislos an, als könne sie seine Worte nicht fassen.“  
„Lesen Sie, bitte, die Zeilen, die er für Sie hinterlassen hat.“

„Ihre Blinde eilen über das Geschriebene.“

„Und das hat er freiwillig unterschrieben?“

„Um Heinz Plehners Lippen zuckte es verräterisch.“

„Nicht ganz freiwillig, ich wußte ein wenig nachzusehen. . .“

„Die Hauptfrage aber ist, daß er unterschrieben hat.“

„Das junge Mädchen atmete, wie von einer schweren Last befreit, auf.“

„Wie soll ich Ihnen danken, Herr Plehner. . .“

„Er lachte: „Sehe ich aus wie einer, der alles nur gegen Bezahlung macht?“

„Marion sagte zerknirscht: „Nein, nein, so meinte ich es ja auch nicht! Und dann jagst du: „Können Sie nicht eine Sekretärin gebrauchen, Herr Plehner?“

„Leider nein, Fräulein Marion. Die zwei, drei Briefe, die ich zu schreiben habe, besorge ich mir schon allein.“

„Oder könnte ich nicht die Wirtschaft führen — wachen, aufwaschen, ausbessern?“

„Das ginge wohl, wenn ich nicht Junggeselle wäre!“

„Dann muß ich also wohl fort, wenn ich meine Sachen aus dem Landhaus wiederhabe?“ fragte sie traurig.

„Er nahm ihre Hand.“  
„Allerdings mußt du nachher fort, kleine Marion! Ich bringe dich zu meiner Schwester. Die hat auch ein Landhaus und drei Bengels. . . Da gibt es so viel zu tun für dich. . . bis ich dich hole und wir unsere Hochzeitsreise auf meinem Hausboot, „Seeglick“, antreten, das auch unser Glück begründet hat. . .“ Und zart küßte er den jungen Mund, bis sich Marion freimachte:

„Du weißt aber doch gar nichts von mir, Heinz, als meinen Namen, und ich weiß doch auch weiter nichts von dir, als daß ich dich unendlich lieb gewonnen habe. . .“

„Na, schickst du, Kind, dann haben wir uns nach unserer Hochzeit noch unendlich viel zu erzählen. . .“

„Hoch klingt das Lied vom braven Mann.“

Von A. Neumeister.

Im Kontor wird ein erbitterter Kampf ausgefochten. Der Chef und der Betriebsrat liegen sich in den Haaren. Das Objekt des Streites ist die erregten Gemüter gar nicht wert. Es dreht sich um die Bewilligung eines größeren Vorschusses für den Arbeiter, dessen Frau nun schon monatelang krank liegt, und der der Arzt eine Luftveränderung angeraten hat. Das ist immerhin mit Ausgaben verbunden. Der erhaltene Lohn reicht zwar zum Leben, doch Ertragsausgaben rechtfertigt er keinesfalls. Und wenn man recht überlegt: Da arbeitet nun dieser Mensch seit nahezu zwanzig Jahren ohne einen nennenswerten Zwischenfall im Betriebe. Und trotz der immer größer werdenden Sorgen heißt es die Gedanken konzentrieren, soll alles am altgewohnten Schnürchen laufen. Von familiären Sorgen darf er sich nicht überfallen lassen, sonst murren hundert Arbeitskollegen über ungenügend Teilarbeit. Der Aufseher ist auch ein Antreiber schlimmerer Sorte.

Das letzte Wort des Chefs ist gesprochen: „Bleiben Sie mit der Phrasen von treuer Pflichterfüllung vom Hals! Die Arbeiter stehen ihre acht Stunden an den Maschinen, verlangen ihren sowieso schon hohen Lohn und scheren sich sonst den Teufel um die Rentabilität des Betriebes. — Vorschuß in dieser Höhe kann ich nicht bewilligen!“

Also abgelehnt. Eigentlich eine Gemeinheit. Der Arbeiter ahnte es voraus. Kein Wort der Entrüstung verliert er. Er tritt nur packt er sein Werkzeug. Schicksal, denkt er, Schläfenlos.

Im Hofe hupt die Kugelschloßmaschine des Fabrikanten. Richtig, heute ist ja Ball der Unternehmer im benachbarten Kurort.

Ja, das muß auch allerhand kosten, sicherlich weiß mehr als der erbetene Vorschuß, denn ohne — na, und so weiter, geht es bei diesen Herren nicht.

Die Fabrikate schließen sich hinter dem letzten Arbeiter. Nur der Arbeiter im Lager ordnet noch etwas hier und da. Sein Tun ist unnütz, nur ein seltsames Grauen vor dem Heimweg hält ihn zurück. Da liegt sie nun, seine Frau, und hofft auf den Vorschuß, der ihr baldige Genesung bringen soll. Jetzt müssen sie beide jede Hoffnung begraben.

Sonnabend nacht.

Die Frau wälzt sich stöhnend auf dem Lager. Dem Mann scheidet der Schmerzenskampf ins Herz. Unruhig geworden, treibt es ihn durch die Wohnung, auf den Boden hinauf. Durch die Dachluke schaut er. Eine sternenhelle Nacht.

Da draußen liegt die Fabrik, tot, hundertfingrig starrt das kalkweiße Gebäude in die Nacht, wie ein gläsernes, höhnendes Unterliegendes aus. Aus dem Schornstein ringelt sich blaßgelber Rauch.

Und da — was ist das? Neben an Sägemerk flackert ein gellroter Schein hinter Scheiben. Feuer! Das Sägewerk brennt! Was geht das ihn, den Arbeiter der Papierfabrik, an?

Ans Bretterlager stößt die Papierunterlage, dort ist sein Arbeitsraum. Wie, wenn das Feuer zum offenen Ausbruch kommt, den trockenen Holzstapel erreicht, dann —

Vergessen ist die todkranke Frau. Vergessen der Zorn gegen den Chef. Seine zweite Heimat ist in Gefahr und hundert Arbeitskollegen verlieren ihr Brot, wenn das Feuer übergreift.

Schon steht er vor der Fabrik, verschafft sich mit Gewalt Eingang. Gellend tönt das Feueralarm durch die Nacht. Bald schließt er die Feuerlöschschränke an, und schon überflutet eine Wasserwelle das Dach der bedrohten Fabrik. Entsetzlich, wie langsam die Zeit vergeht, Minuten dehnen sich zur Ewigkeitslänge.

Das Sägewerk brennt an allen Enden. Ein Wirbelwind treibt die gefrägliche Glut über den Platz. Schon züngeln Flammen an der Bretterwand hoch. Im Augenblick entzündeten sich die lagernden Papierportale. Mauern bersten, Fenster scheiben springen.

Endlich raselt durch die nachts stillen Straßen die Feuerwehr. Rettung.

Aber der Mann steht immer noch und bestrahlt einschlanchig die Niederlage. Er wankt und weicht nicht. Schweißströme rinnen aus dem Körper. Die Hitze sengt und ermüdet.

Dann umfängt ihn eine Ohnmacht.

Aber die steilwandige Bergstraße jagt ein Auto. Lichtkegel bohren sich in die Nachtdunkelheit. Achtzig, neunzig — hundert Kilometer zeigt der Geschwindigkeitsmesser.

„Schneller!“ schreit der Insasse, der Besitzer der Papierfabrik. Die Kunde vom drohenden Brandunglück erreicht ihn mitten in der Feststimmung. Von fern schon sieht er den rötlich überzogenen Himmel. Er fiebert und rast. Die Hände krallen sich in die Sitzpolster.

Näher jausen sie der Brandstelle. Jetzt sind sie da. Gott sei Dank, denkt er, die Maschinenfabrik sind verschont geblieben. Die Gewalt des Feuers ist gebrochen. Nur die Niederlage ist ausgebrannt.

Noch dieser Schaden ist minimal und läßt sich in kurzer Zeit beheben.

„Danken Sie Ihrem Arbeiter, ohne ihn wäre Ihr Besitz ein Rand der Flammen. Mannhaft stand er und wartete, bis wir eintrafen. Da draußen liegt er. Wir warten auf das Krankenauto. Brandwunden hat er erhalten, hoffentlich keine lebensgefährlichen.“

„Das ist ja —“ will der Chef beginnen.

„Das ist keine Pflichterfüllung Ihres alten Arbeiters, dem Sie heute den Vorschuß verweigerten, und dessen Frau vielleicht in eben dieser Stunde, da sich ihr Mann für fremdes Eigentum einsetzte, mit dem Tode rang —“ unterbrach ihn der herbeigeeilte Betriebsrat.

Hoch klingt das Lied vom braven Mann.

## Humoristische Ecke.

Die neugierigen Wanzen.

In einer Kleinstadt ist eine Denkmalsentwässerung, alle Hotels sind überfüllt und ein Reisender ist genötigt, in einer Gastwirtschaft zu logieren. Er läßt sich die Zimmer zeigen und will nun seinen Namen ins Fremdenbuch eintragen, da läuft mit einem Male eine Wanze übers Fremdenbuch. Da klappt der Reisende das Buch zu und sagt: „Herr Wirt, ich kann das Zimmer nicht nehmen, mir ist ja schon manches vorgekommen, daß sich aber die Wanzen erkundigen, welche Nummern ich habe, das ist mir noch nicht passiert.“

